

2013.3

KOMPASS

//kompass.im

Demokratie und Freiheit, Bürgerrechte und informationelle Selbstbestimmung, Transparenz in Politik und Staat, existenzielle Sicherheit und gesellschaftliche Teilhabe, freier Zugang zu Information und Bildung, ein bürgerfreundliches Urheber- und Patentrecht, sowie weitere

Themen, die Piraten bewegen



Terror-Minister

**WIE INNENMINISTER
SICHERHEIT ÜBERBEWERTEN**

SEITE 9

Bundestagswahl

**FRISCHER WIND MIT
PIRATEN-PROGRAMM**

SEITE 10

Verkehr

**MEHR ALS AUTOBAHN
UND EISENBAHN**

SEITE 14

KOMPASS

wird herausgegeben vom
Denk Selbst e.V. und erscheint
vierteljährlich. Die Zeitung gibt
stets lediglich die Meinung der
Autoren eines Artikels wieder.
Diese Piratenzeitung ist keine
Piratenpartei-Zeitung!

<http://kompass.im/>
kompass@piratenzeitung.de
Twitter: @Piratenzeitung

Mitwirkende

Jürgen Asbeck/Timecodex (Red.,
V.i.S.d.P für die Seiten 2-8,14-16)
Radbert Grimmig (Lektorat)
Ulrike Möß/Wika (Red.)
Stefan Müller/stm (Red., V.i.S.d.P für
die Seiten 1, 9-13, 17-24)
Ulrich Scharfenort/ulrics (Red.)

Autoren

Jürgen Asbeck/Timecodex
Jens Ballerstaedt, Oliver Bayer
Thomas Glatzel, Frank Herrmann
Pia Hermans, Stefan Hochstadt
Melanie Kalkowski, Martin Keszyus
Andreas Mehrtens, Ulrike Möß/Wika
Stefan Müller/stm, Katharina Nocun
Hanns-Jörg Rohwedder
Ulrich Scharfenort/ulrics
Stefan Schmidt, Torsten Sommer
Carsten Spengler, Claudia Steimann
Jürgen Stemke

Dank an

AntiAtomPiraten, SG Gestaltung,
Piratenfraktion NRW, Kreative NRW,
manniac

Titelbild

Ulrike Möß/wika

Layout Christine Zander
(SG Gestaltung)

Vertrieb Michael Balke
vertrieb@denk-selbst.org

Finanzen Volker Neubert

Post an Kompass

Denk Selbst e.V.
z.H. Volker Neubert
Hackenbroicher Weg 24
50259 Pulheim

**Kopieren erlaubt!**

Alle Inhalte, Texte, Bilder und
Illustrationen etc. stehen unter
Creative Commons BY-NC-ND
(soweit nicht anders gekenn-
zeichnet)

Den exakten Lizenztext lesen Sie
bitte vor Ihrer Nutzung im Web auf
[http://creativecommons.org/
licenses/by-nc-nd/2.0/de/](http://creativecommons.org/licenses/by-nc-nd/2.0/de/)

Ein Produkt der ArbeitsGemeinschaft
PIRATENZEITUNG
www.piratenzeitung.de

Editorial

Ahoi, liebe Lesende!

„Freiheit? Grundrechte? Da war doch was?“ 1949 wurde das Grundgesetz Basis unseres Staates. Die wechselnden Regierungen haben sich mehr oder weniger daran gehalten, die Paragraphen mal genauer und mal laxer ausgelagert. Jetzt scheint es, dass Teile des Grundgesetzes von der Regierung nicht mehr für relevant gehalten werden. Der NSA-Datenskandal, aufgedeckt von Whistleblower Edward Snowden hat die Spähprogramme „PRISM“, „Tempora“ und weitere enthüllt.

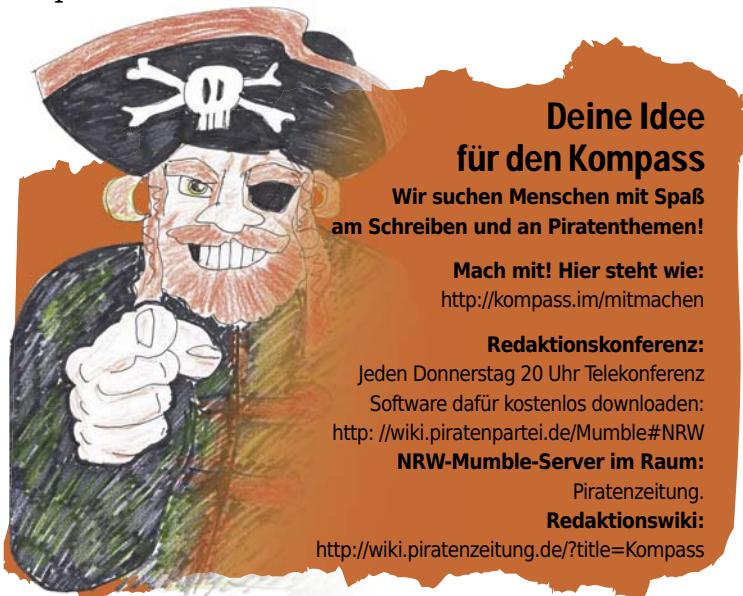
Es ist nicht nur die Vermutung von Verschwörungstheoretikern, dass wir Bürger bespitzelt werden, die Wahrheit kommt scheibchenweise ans Tageslicht.

Die Bunderegierung sagt nichts, weiß nichts und trägt nicht zur Aufklärung bei.

NSA-Direktor Keith Alexander: „Das habt Ihr doch gewusst“!

Schweigen und abwarten?

Jetzt mehr denn je: „Für dieses System ist ein Update vorhanden“.

**Post****Fracking in der Stadt**

Zum Thema Gasbohren erreichte uns ein Kommentar von Rainer Woldenga, Pirat aus Bottrop, ehemaliger Steiger, also verantwortlicher Ingenieur im Bergbau.

Im gesamten Ruhrgebiet ist von Dortmund bis Duisburg, von der Ruhr bis hinter die Lippe der untertägige Bereich 400 Meter bis 1300 Meter unter Normalnull durch Bergbaueinwirkungen mit wasserwegigen Rissen und Klüften durchzogen, insbesondere auch im Schiefergestein. An mehreren Standorten im Ruhrgebiet wird ewig das Wasser abgepumpt und es ist mehr als wahrscheinlich, dass Frack-Wasser seinen Weg zu den Pumpstandorten der Ruhrkohle finden wird.

Wenn das dann nach vielen Jahren passiert, ist die Firma oder der Subunternehmer längst aufgelöst und den Schaden haben die Bürger, die im Ruhrgebiet leben. In den amerikanischen dünn besiedelten Frackingbereichen ist es durchaus üblich, die Farmen mit sauberem Frischwasser von auswärts über Tankwagen zu versorgen, da das eigene Trinkwasser verseucht ist. In New York ist das Fracking natürlich verboten, da es logistisch kaum möglich ist, alle New Yorker mit frischem Wasser über Tankwagen zu versorgen.

Aufgrund der Mengen an Chemikalien folgendes noch: ein Liter Öl verunreinigt eine Million Liter Wasser. Die eingebrachten Chemikalien sind aber giftiger als Öl. Politiker, die Fracking in Bergbauregionen wie in NRW befürworten, sind deshalb als skrupellose Geschäftemacher anzusehen.

Rainer.woldenga@piratenpartei-nrw.de

[Schreibt!]

Die Redaktion freut sich auf Zuschriften und Anregungen: sendet sie an kontakt@denkselbst.org. Leserbriefe geben nicht unbedingt die Meinung der Redaktion wieder.

Die unglaublichen Erfolge der schwarz-gelben Bundesregierung:

Gottseidank! Gerade noch geschafft! Da haben doch die Dissidentinnen in der Partei laut nach der Quote gerufen, „es ginge einfach nicht mehr anders!“. Mutti hat sich gemeldet und gesagt: „Uschi, das musst Du jetzt richten!“

Also flugs in den Bundestag und schnell an die Spitze der Bewegung gesetzt.

Titelzeile: „Quotenuschis setzt sich durch!“. STRIKE!



Hat auch keiner gemerkt, dass die jetzt erst in 2200 kommt, oder so. Jetzt darf ich wieder neben Mutti im Kabinett sitzen.

CC BY-NC-ND Timecodex



FREIHEIT STATT ANGST AM 7. SEPTEMBER IN BERLIN!

CC ZERO STM / MIT MATERIAL VON HTTP://BLOG.FREIHEITSTATTANGST.DE/

Es wird sie wieder geben: Am 7. September 2013 werden wir in Berlin für unsere Bürgerrechte auf die Straße gehen! Die Themen rund um Überwachung und Einschnitte in unsere Freiheit reißen nicht ab:

- Bestandsdatenauskunft
- PRISM
- Vorratsdatenspeicherung
- Drohnen



Die Liste kann leider noch um viele Punkte verlängert werden. Dagegen tun wir wieder etwas! Und ihr könnt dabei sein:

Samstag, 7. September 2013, 13 Uhr am Potsdamer Platz in Berlin. Ihr könnt der Demo-Orga helfen: Mobilisiert über twitter unter dem Hashtag #fsa13 und #fsa, bloggt, und vor allem: Plakatiert die Demo-Plakate, die ihr im digitalcourage-Shop kostenfrei bekommt. <https://shop.foebud.org>

Gefährliches Gasbohren

Wenn US- und EU-Rohstoffkonzerne ungebremst die letzten Tropfen Öl aus dem Boden holen, hat die oberirdische Umwelt nichts mehr zu lachen.



Seite 4

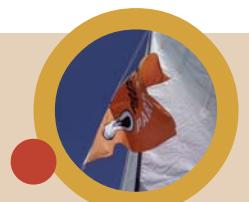
Die Anderen

Terror-Minister schiessen unsere Rechte ab!

Seite 9

Piraten

Volles Programm zur Wahl



Seite 10

Lobbykratology

Folge dem Geld, mit dem Interessengruppen der Wenigen die Politik manipulieren

Seite 12

Verkehrswende

Auf dem Weg in ein neues Miteinander von Individual- und öffentlichem Nahverkehr

Seite 14

GEZÖRRe

Seite 17

Medientipps

Seite 18

Zeitfeststellung

Gegen die Sommerzeit!
Das geht nur über die EU. Wir versuchen, eine Bürgerabstimmung einzuleiten



Seite 19

Neutrales Netz

Von digitalen Schafen und Wölfen



Seite 20

Kurzgeschichte

Seite 22

Rückblick

10 mal Themen, die Piraten bewegen

Seite 23

FRACKING: GEFAHR FÜR UNSER WASSER GASBOHREN IST AUCH EIN GRUNDRECHTEABBAU



Mit Fracking können Lagerstätten erschlossen werden, die in feste Gesteinsschichten eingeschlossen sind. Es kann sich dabei um fossile Energieträger oder Erze, aber auch um Geothermie handeln. Dieser Artikel beschäftigt sich allein mit dem Fracking nach Erdgas.

WARUM IST FRACKING SCHLECHT?

Mit dem geförderten Erdgas werden auch Teile des Fracfluids sowie darin gelöste, teilweise hochgiftige Substanzen aus dem Untergrund mit an die Oberfläche gefördert, wie krebserregende organische Kohlenwasserstoffe, Benzole und Phenole. Mit gefördertes, belastetes Lagerstättenwasser aus der Tiefe muss entsorgt werden. Es wird ungereinigt in vorhandene Altbohrungen verpresst und steigt im ungünstigen Fall wieder an die Oberfläche. Die Schätzungen zu den Vorkommen von Schiefergas in Deutschland gehen von 0,227 bis 1,3 Billionen Kubikmeter. In den USA zeigt sich, dass die Fracking-Quellen deutlich schneller versiegen als erwartet. Selbst im günstigsten Fall würde Fracken nur zu einem Bruchteil der Gasversorgung Deutschlands beitragen, und das auch nur für wenige Jahre. Der Staat würde zwar durch Förderabgaben der Unternehmen Geld einnehmen. Diese Einnahmen sind jedoch gering, verglichen mit den Erlösen der Betreiber und den Folgeschäden. Sogenannte Ewigkeitsschäden, wie kontaminiertes Grundwasser, erzeugen nicht abschätzbare Kosten. Nachteile für die betroffene Bevölkerung sind tiefgreifend, wenn kein Trinkwasser für Vieh und Mensch sowie die Forst- und Landwirtschaft verfügbar ist. Hinzu kommt, dass für die Industrie die Haftung nach 30 Jahren endet - oder sobald die verantwortliche GmbH Pleite macht. Üblicherweise werden solche GmbHs eigens zu diesem Zweck der „Risikominimierung“ gegründet oder aus großen Energie-Unternehmen ausgegliedert. Persönlich wird niemand zur Verantwortung gezogen. Schuld daran ist das geltende Bergrecht. Technologien wie Fracking sind erst seit wenigen Jahren möglich und konnten, da unbekannt bei der Gesetzgebung, nicht berücksichtigt werden. Es gibt daher keine angemessenen gesetzlichen Vorgaben zum Fracking. Es wird immer wieder behauptet, dass Erdbeben nicht durch Fracking hervorgerufen werden können. Tatsächlich gibt es Erdbeben in der Umgebung von Bohrungen der Öl- und Gasindustrie. Obwohl Industrievertreter schon zugegeben haben,

dass die Bohrungen Erdbeben auslösen, wird hier weiter falsch „informiert“. Die dauerhafte Abdichtung der Bohrungen ist nicht sicher. Die Piraten fordern daher ein Verbot des Frackens nach Gas. Fracking ist für die Firmen betriebswirtschaftlich interessant, weil Verluste und (Ewigkeits-)schäden sozialisiert und Gewinne privatisiert werden. Volkswirtschaftlich ist es dagegen schädlich, weil der Flächen- und Wasserverbrauch enorm ist. Wegen der aufwendigen Fördermethode hat das gewonnene Gas einen schlechteren CO₂-Fußabdruck als Braunkohle. Als fossiler Rohstoff bremst es tendenziell die Energiewende. Die Energiebilanz von Schiefergas ist dreimal schlechter, es verursacht viermal mehr CO₂-Emissionen und gibt 14-mal mehr Schadstoffe ab als herkömmliches Erdgas, welches auch alles andere als unkritisch ist. Dazu kommen über zehn Prozent Anteil entweichendes Methan, das als Klimagas 21-mal so schädlich ist wie CO₂, gemäß Kyoto-Protokoll bezogen auf 100 Jahre.

WELCHE SCHLÜSSE ZIEHEN WIR AUS DEM WISSEN?

Wir fordern ein Verbot des Erdgasfrackings, die Abschaffung des Bergrechts und die Einführung eines Bundesumweltgesetzbuches mit dreidimensionaler Raumplanung, um die Nutzung von Ressourcen im Untergrund zu regeln. Wir wollen die Förderung nachhaltiger erneuerbarer Energien, Effizienzverbesserungen und die Entwicklung von Methoden für ökonomisch und energetisch effiziente Speicherung von Energie vorantreiben. Wir wollen Klimaschutz und eine echte Energiewende. Die Bürgerinitiativen gegen Gasbohren bitten um die Unterstützung der Korbacher Resolution: <http://www.resolution-korbach.org/>

AUTOREN

Martin Keszyus, Hanns-Jörg Rohwedder, Jürgen Stemke
<https://stemke.piraten-nds.de/2013/06/10/fracking-irrtuemer-zuschiefergas>, Claudia Steimann, Pia Hermans, Thomas Glatzel

[Grundrechteabbau]

CC BY-SA JENS BALLERSTÄDT/BALLERSTAEDT

Das Briefgeheimnis sowie das Post- und Fernmeldegeheimnis sind unverletzlich

Bereits seit über 300 Jahren ist das Briefgeheimnis ein garantierter Grundrecht. Die erste Erwähnung findet es 1690 und nur wenig später, im August 1712 wird in der preußischen Postordnung festgehalten, dass das Öffnen und Lesen von Briefen schwer bestraft wird. Das französische Recht ging sogar noch weiter. In einer Verordnung von 1742 kann man lesen, dass auf das Aufbrechen von Briefen und Paketen die Todesstrafe stand. Die französische Nationalversammlung nahm dann endgültig das Briefgeheimnisses in die Grundrechte auf. Auch in der Paulskirchenverfassung findet sich das Briefgeheimnis wieder. Von 1933 bis 1945 wurde es allerdings durch die Nationalsozialisten eingeschränkt. Heutzutage werden im Durchschnitt 10-mal mehr Mails als Briefe geschrieben, aber der Grundgedanke der Verfassung hält dieser Veränderung nicht stand. Nach über 300 Jahren Briefgeheimnis wird nun durch PRISM und Co. die Idee hinter der Verfassung mit Füßen getreten. Wir Piraten sind nicht bereit, das länger hinzunehmen.

VERRECHNET! FRACKING: REICHER, REICHER TIEFENSPEICHER

CC BY-NC-ND JÜRGEN ASBECK/TIMECODEX

Energie ist wichtig! Gas ist wichtig! Die Ablösung von Kohle als Energieträger ist sinnvoll. Gas setzt wesentlich geringere Emissionen frei, moderne Technik vorausgesetzt.

In Europa befinden sich grosse Gasvorräte in Russland, was hier zu einem zumindest zivilisiert zu nennenden Umgang miteinander führt. Die Vereinigten Staaten von Amerika (USA) haben lange Zeit das Gas innerhalb der eigenen Landesgrenzen fördern können, für sie ist der Transport aus Asien oder Russland teuer und politisch natürlich auch mit Risiken behaftet.

Einfacher ist in jedem Fall die Förderung innerhalb des eigenen Staatsgebietes. Die klassischen Methoden sind allerdings nicht mehr in der Lage, ausreichende Mengen zur Verfügung zu stellen.

Fracking erschien den grossen US-Energiekonzernen da als eine gute Alternative. Flächendeckende Erschließung von Gasfeldern mit relativ günstigen Förderkosten? Prima!

Als sich die Multis dazu entschlossen, war der Gaspreis vor allem eines: hoch! Also, Regierung überzeugt (Lobbygruppe sei Dank), Widerstand unwirksam gemacht und losgelegt. Die Fördermenge stieg, die Gewinne auch. „Da geht doch noch mehr“,

dachten sich die Konzerne und bearbeiteten den US-Kongress, die Börsenbewertung so genannter „Tiefenspeicher“ zuzulassen.

Nach einigen Auseinandersetzungen und geraumer Zeit war auch diese Hürde genommen.

2010 änderte die US-Börsenaufsicht ihre Regeln zur Bewertung der Öl- und Gaskonzerne. Fortan wurden ihnen auch unkonventionelle Lagerstätten wie Tiefseeöl, Ölsand, und Schiefergas als Reserven angerechnet. Jetzt ging es ans Geld verdienen! Fracking? Toll, günstig gefördertes Gas, ein Milliarden-Business.

Nun gibt es im Kapitalismus allerdings ein Problem: Ist eine Ware selten, ist ihr Preis hoch. Gibt es sie im Überfluss, sinkt der Preis. Langsam, schneller, rapide!

Die Kosten für die Aufrechterhaltung der erreichten Fördermengen steigen jedoch. Fracking hat sich finanziell für die Konzerne von einer Goldgrube zu einem Zusatzgeschäft gewandelt.

Die Rohstoffmultis zahlen jedes Jahr Abermillionen Dollar für ein defizitäres Produkt. Warum dann nicht einfach aussteigen?

Ihre Gas-Tiefenspeicher sind jetzt Teil der Börsenbewertung, nimmt man sie aus ihren Bilanzen einfach wieder heraus, sind die Unternehmen vor allen Dingen eines: pleite! Reicher, reicher, Tiefenspeicher?

Nein, definitiv nicht. Eher: verrechnet!

Fracking (Hydraulic Fracturing)

Zerreißen des Untergrundes und Herauspressen von Gas unter Zusatz von giftigen Chemikalien

Würden die unterirdischen Gasvorkommen aus der Börsenbewertung herausgenommen, sänke das Vermögen des Unternehmens um den angenommenen theoretischen Wert dieser Vorräte. Das würde sofort negativ auf den Unternehmenswert durchschlagen.

[Grundrechteabbau]

Freiheit steht auf dem Spiel

CC BY-SA MEINHART RAMASWAMY

Wenn wir über Grundrechte und ihre Einschränkung reden, dann schauen wir auf eine weite Palette von Themen, die in der Gegenwart auf dem Spiel stehen:

- Die Würde des Menschen (Artikel 1)
- Das Recht auf freie Entfaltung (Artikel 2.1)
- Das Recht auf Unversehrtheit (Artikel 2.2)
- Die Gleichheit vor dem Gesetz (Artikel 3)
- Das Versammlungsrecht (Artikel 8)
- Das Asylrecht (Artikel 16)
- Rechtssicherheit (Artikel 19, 20)
- Artikel 20a Schutz der Umwelt für zukünftige Generationen

Die Tatsache, dass so viele Grundrechte zur Zeit in Gefahr sind – meist mit der Begründung der Terrorabwehr – lässt fürchten, dass hier „Sicherheitsstrukturen“ geschaffen werden, die gegebenenfalls zum autokratischen oder totalitären Regieren geeignet sind. Wer Terrorist ist, bestimmt die Staatsmacht. Eine oppositionelle Haltung zur herrschenden Meinung ist nicht kriminell – nicht hier und auch nicht anderswo. Unsere Freiheit steht auf dem Spiel. Wir brauchen eine freie Kommunikation in einer freien Gesellschaft! Ein freies Internet und keine anlasslose Überwachung! Nirgendwo!

als die vorerst wichtigsten.

FRACKING – DIE ATOMARE GEFAHR

Viel zu viele Menschen denken, wenn Fracking ohne Chemikalien stattfindet, ist das gefahrlos.
Auch Politiker sind diesem Trugschluss aufgesessen.

CC BY-NC-ND ULRICH SCHARFENORT/ULRICKS

Dies ist natürlich nicht der Fall. Beim Fracking wird die Gesteinsstruktur des Bodens mit Wasser oder anderen Substanzen aufgebrochen. Selbst wenn diese sogenannte Frackingflüssigkeit vollkommen harmlos wäre, gibt es immer noch die Stoffe im Gestein selbst. So kann in manchen Gegenden das Wasser nicht mit vertretbarem Aufwand aufbereitet werden, weil es einfach zu viele Schwermetalle enthält. Zu diesen Schwermetallen gehören auch radioaktive Elemente wie Uran. Beim Fracking können ebenfalls Schwermetalle freigesetzt werden. Sie wan-

dern dann ins Grundwasser. Der Illusion einer festen und durchgehenden Gesteinschicht braucht sich keiner hinzugeben.

GEFÄHRLICHE KLÜFTE

Gehen wir mal davon aus, der gebohrte und befestigte Brunnen sei dicht und hält dem Druck stand. Im Boden wird dann Wasser unter Druck gegeben, um das Gestein aufzubrechen. In Gesteinschichten können aber immer auch Klüfte existieren. Also Stellen, wo das Gestein nicht durchgängig ist, sondern

Lücken existieren. Trifft der Fracking-Riss auf eine Kluft, kann die Frackingflüssigkeit mit ihrer eventuellen Schwermetall-Beladung in andere Schichten dringen, zum Beispiel auch ins Grundwasser. Niemand kann genau in den Boden blicken und wissen, wo das Gestein bereits gebrochen ist. Die Probleme werden hier wohl auch nicht in unmittelbarer Nähe zum Brunnen auftreten, sondern weiter entfernt, wo jemand anders als Eigentümer plötzlich haften muss. Die zuvor genannten Schwermetalle können natürlich durchaus auch radioaktiver Natur sein.



[Grundrechteabbau]

Freie Entfaltung der Persönlichkeit

THOMAS KÜPPERS

Verbesserungen sind beim Grundrecht auf freie Entfaltung der Persönlichkeit angebracht. Unser heutiges Steuer- und Sozialsystem funktioniert zwar für einen Großteil der Bevölkerung befriedigend, allerdings leben auch fünf Millionen Menschen in verdeckter Armut. Da müssen wir ran. Daher müssen wir nicht nur für mehr sichere Arbeitsverhältnisse und höhere Löhne streiten, sondern auch für mehr Bildungsmöglichkeiten. Gerade im Bereich der Erwachsenenbildung sehe ich erhebliches Verbesserungspotential. Erwachsene Menschen, vor allem wenn sie noch familiäre Verpflichtungen haben, fällt es sehr schwer, ihre aktuelle Situation durch Bildung zu verbessern. Daher sehe ich hier Verbesserungspotential und empfehle die Einführung eines Bildungsgrundeinkommen. Jeder der an einer Bildungsmassnahme teilnimmt, wird es bekommen, um die Zeit zu überbrücken, wo er seinen Lebensunterhalt nicht selber verdienen kann. Dadurch wird vielen Menschen ermöglicht, ein Studium aufzunehmen, um durch eine höhere fachliche Qualifikation einen besser bezahlten und sichereren Job zu erlangen.

Ferner eröffnet sich hier eine Möglichkeit für unsere Gesellschaft, dem aufkommenden Fachkräftemangel zu begegnen.

CC BY-SA FRANK HERRMANN/ORANGEBAY

Meinungsfreiheit

„Jeder hat das Recht, seine Meinung in Wort, Schrift und Bild frei zu äußern und zu verbreiten, er muss nur die Konsequenzen tragen.“ So oder ähnlich wünschen sich viele Politiker, Presse- und Industrievertreter eine Neufassung des Artikels 5 unseres Grundgesetzes. Oft sind es private Blogs, die im Fokus der professionellen Meinungsverbreiter und deren Rechteverwerter stehen. Denn hier findet sie statt, die freie Meinungsausübung im Neuland. Und da sich freie Meinungen manchmal recht schnell verbreiten, wird mit dem Instrument Abmahnung nicht selten versucht, die Freiheit nicht zu weit gehen zu lassen. Natürlich muss sich auch ein Blogger an Regeln halten und nicht immer ist die Medienkompetenz da ausreichend ausgeprägt. Aber die oft künstlich aufgeblasenen Kosten einer Abmahnung können leicht die Stimme eines Bloggers für immer zum Schweigen bringen. Da eine Rechtsverletzung mit der Abmahnung oft auch nur behauptet wird, ist ein Abmahnenschutz für private Blogger eine der Aufgaben, die wir noch im Parlament zu erledigen haben.



Gleichheitssatz, Gleichberechtigung

CC BY-SA MELANIE KALKOWSKI/PIRATMEL

Eigentlich könnten wir uns glücklich schätzen: Im Gegensatz zur Farm der Tiere zeichnet sich unsere Demokratie dadurch aus, dass die Gleichheit aller Bürger vor dem Gesetz von der Verfassung garantiert wird. Doch Korruption und Lobbyismus hebeln diesen Grundsatz aus - wer es sich leisten kann, lässt sich heute einfach die passenden Gesetze maßschneidern und sichert sich dadurch ungerechte Vorteile. Korruption, das ist ein Thema unserer Zeit. Fast täglich ist Korruption in den Medien mit zahlreichen Skandalen präsent. Politiker dürfen nicht weiter die Möglichkeit haben, ihre Vertrauensstellung zu missbrauchen. Nicht nur der finanzielle Schaden ist dabei immens. Korruption gefährdet die Ordnung unserer Gesellschaft und zerstört das Vertrauen in den Staat. Deutschland hat die UN-Konvention gegen Korruption (UNCAC) im Gegensatz zu 165 anderen Staaten noch immer nicht ratifiziert. Wir Piraten fordern schärfere Gesetze gegen Abgeordnetenbestechung, ein verbindliches Lobbyregister, Offenlegungen für Nebeneinkünfte und Karenzzeiten für den Wechsel aus der Spitzenpolitik in die Wirtschaft.

VERBOHRT

CC BY-SA STEFAN SCHMIDT

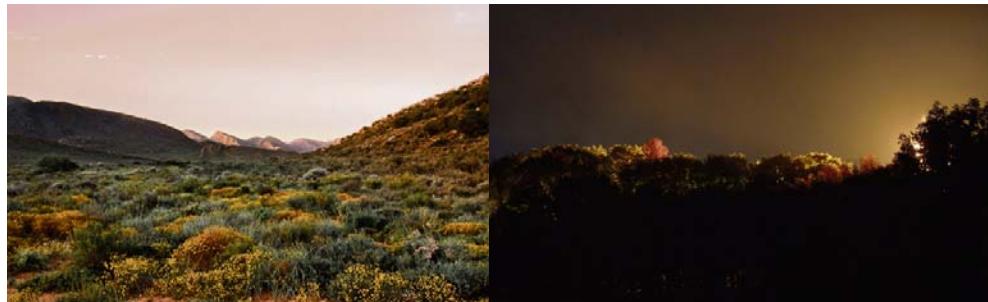
FRACKING GEFAHRDET DAS GRUNDWASSER - UND DIE ENERGIEEFFIZIENZ DER WIRTSCHAFT

Mehr als drei Jahrzehnte bestimmte die absehbare Verknappung der fossilen Energie unser ökonomisches Denken. Die Abhängigkeit vom Öl des nahen Ostens war Mittelpunkt strategischer Planungen und auch konkreter Konflikte.

Doch seit in den USA mit neuen Bohrtechniken und fragwürdigen Chemiecocktails Gas- und Ölreserven aus bisher unerreichbaren Schieferschichten gewonnen werden, scheint sich die Welt gewandelt zu haben. Die durch Hydraulic Fracturing (kurz: Fracking), förderbaren Vorkommen sollen so reichhaltig sein, dass sich die USA seit 1995 erstmals wieder zum Ölverkäufer wandeln. Unlängst wurden Hafenanlagen, die das saudische Öl aus den Supertankern pumpen, umgebaut – nun verladen sie auch verflüssigtes Erdgas für den Export.

Da überrascht es kaum, dass man auch den deutschen Boden auf die verborgenen Schätze prüfte. Und tatsächlich: In Niedersachsen und NRW versprechen die tief gelegenen Schieferschichten Gasreserven, die mit der Fracking-Technologie erschlossen werden könnten.

Doch wie jedes Märchen hat auch die Geschichte vom Energiewunder einen Haken. Denn wenn die Ölkonzerne die Gasfelder nach geschätzten 13 Jahren gewinnträchtig abgebaut haben, wird der Verbraucherpreis für Energie nicht gesunken sein. Sicher ist nur eins: Für die unkalkulierbaren Folgen der Förderung wird der Steuerzahler aufkommen müssen. Befürworter des Frackings argumentieren mit der Abgeschlossenheit der gashaltigen Schichten.



Abgesehen davon, dass die Gesteine nicht so ordentlich angelegt sind wie in den Schaubildern: Spätestens eine undichte Bohrstelle bedeutet eine Verbindung dieser Ebenen, an der die problematischen Stoffe unkontrolliert austreten könnten. In einigen Gegenden der USA kam es so zu großflächigen Verseuchungen des Grundwassers.

Brennende Wasserhähne, die der populäre Film Gaslands zeigt, sind dabei noch die sichtbarste Folge. Die Gleitgele können im Schiefer wie Kugellager wirken und Erdbewegungen möglich machen. In den USA und England kam es bereits zu Erschütterungen, beim Beben 2012 in der Lüneburger Heide besteht ein Verdacht. Bilden sich Risse in Häusern, sind die Eigentümer in der Nachweispflicht: gegen eine Armada von Konzern-Anwälten. Den wirtschaftsliberalen Medien fällt es indes schwer, die Skeptiker als ahnungslose Spinner zu diffamieren, haben die jüngeren Ölkatastrophen, aber

auch die inkomppetente bis grobfahrlässige Handhabung des Atommüllagers Asse gerade erst gezeigt, dass ein blindes Vertrauen in die Energiewirtschaft unangebracht ist.

Immerhin verbietet der aktuelle „Altmaier-Rösler-Kompromiss“ das Fracking in Wasserschutzgebieten. Dies schützt aber weniger als 20 Prozent der Fläche Deutschlands. In Frankreich und auch in mehreren Staaten der USA wurde das Fracking dagegen komplett verboten.

Scheinbar billiges Gas bremst den Ausbau regenerativer Energien, die zu Beginn ihrer Nutzung teurer sind. Inzwischen hat sogar die staatliche Kreditanstalt für Wiederaufbau (KfW) in einer Studie gezeigt, dass das Fracking langfristig keinen Vorteil bringt. Nicht nur wegen der hohen Förderkosten, der Verzicht auf Energieeffizienz gefährdet laut KfW langfristig die Wettbewerbsfähigkeit der Wirtschaft.

[Grundrechteabbau]

Schutz der Menschenwürde

KATRIN HILGER, BUNDESTAGSKANDIDATIN PIRATEN HESSEN



Die Würde des Menschen ist unantastbar: Meine Würde wird angetastet. Jeder, der in den vergangenen Jahren in den Flieger gestiegen ist, kennt das. Zur Sicherheits-Kontrolle muss man Schuhe, Gürtel, Jacken ausziehen, man wird abgescannt. Ich empfinde das als würdelos, am Flughafen behandelt zu werden wie ein Verbrecher. Und genauso greifen NSA, Tempora und andere Überwachungsprogramme meine Würde an. Denn ich will nicht virtuell als Verbrecher behandelt werden, und meine privaten Emails und Gedanken an Freunde vor der Staatsmacht ausgebreitet sehen, gescannt von Fremden. Überhaupt scheint der Staat dem Bürger nicht zu vertrauen und unterstellt ihm die schlechten Absichten. Die misstrauische Art setzt sich in alle Amtsstuben fort: Rentner, Bezieher von Sozialleistungen, Eltern – alle müssen antreten wie Bittsteller und das erbetteln, was ihnen zusteht. Dass Staat, Politiker und Beamtenapparat als Dienstleister für den Bürger da sind, haben sie anscheinend vergessen – es wird Zeit, sie wieder daran zu erinnern.

[Grundrechteabbau]

Versammlungsfreiheit

CC BY-SA TORSTEN SOMMER/TOSO

ARTIKEL 8: EIN HOHES GUT / UNSERE VERSAMMLUNGSFREIHEIT UND DIE FREIHEIT DES ANDERS DENKENDEN

Demonstrationen sind wichtig für unsere Gesellschaft. Auch wenn wir unseren politischen Willen heutzutage auch online veröffentlichen können, ist die Möglichkeit der gemeinsamen physischen Versammlung von Menschen im öffentlichen Raum wichtiger denn je. Denn es ist eben nicht nur das Zeichen eines Einzelnen.

Es ist nicht nur das lapidare Re-Tweet, das mit zwei Mausklicks erledigt ist. Eine Demonstration ist in der heutigen Zeit, in der man gewohnt ist, so viel wie möglich online zu erledigen, ohne sich in den physischen öffentlichen Raum bewegen zu müssen, ein starkes Zeichen an Gesellschaft und Politik. Und diese Bedeutung wird weiter zunehmen, um so mehr sich die Tätigkeiten des täglichen Lebens ins Internet verlagern. Und diese Wichtigkeit muss dem demokratisch überzeugten Menschen gerade jetzt bewusst sein.

Jetzt, wo es um grundlegende Bürgerrechte geht, die faktisch schon abgeschafft sind. Im Internet kann ich mich nicht unbeobachtet bewegen. Wenn ich diesen Verlust von Anonymität im täglichen Leben nicht auch in der physischen Welt erleben möchte, muss ich jetzt mein Bürgerrecht (eigentlich Menschenrecht) auf Versammlungsfreiheit wahrnehmen.

Am 24. August in Dortmund und am 7. September in Berlin sind zwei gute Zeitpunkte dafür. Wir sehen uns.



Asylrecht: Whistleblower Edward Snowden bekommt kein Asyl, da die USA intervenieren

CC BY-SA KATHARINA NOCUN/KATTA

ARTIKEL 16A US-ÜBERWACHUNGSPROGRAMM PRISM: DU BIST TERRORIST

Der „Kampf gegen den Terror“ ist längst zum Kampf gegen unsere Bürgerrechte geworden. Der Staat und seine Geheimdienste nehmen sich heraus, Bürger nach Belieben zu durchleuchten. Seit den Anschlägen auf das World Trade Center in New York ist eine wahre Hexenjagd ausgebrochen, bei der Parteien aller Farben regelmäßig gegen das Grundgesetz verstößen und verfassungswidrige Gesetze erlassen.

Die rot-grüne Bundesregierung hat deutschen und ausländischen Geheimdiensten nach 2001 erlaubt, sich immer mehr herauszunehmen. Die Regierung Merkel hat weiter gemacht. Deutschland mischt beim Überwachungsstaatenverbund ordentlich mit.

Es ist ein Trauerspiel, dass der Bundestag nicht genug Rückgrat hat, um Edward Snowden, dem Enthüller dieser Überwachungsallianz gegen die Bürger, Unterschlupf zu gewähren. Das Aufenthaltsgesetz hätte es möglich gemacht. Er ist nicht zuletzt der wichtigste Zeuge bei zahlreichen Anzeigen und Verfahren gegen diese organisierte kriminelle Überwachung durch Geheimdienste. Edward Snowden kann sicher dazu beitragen aufzuklären, welche Deutschen Dienste wie kooperiert haben und als Mitwisser in die Haftung genommen werden müssen. Wir brauchen Gesetze um Menschen zu schützen, die Misstände aufdecken. Das sind wir ihnen schuldig.

„Supergrundrecht Sicherheit“

CC BY-NC-ND JÜRGEN ASBECK/TIMECODEX

ARTIKEL 0

Lieber Herr Bundesinnenminister Friedrich,

anbei muss ich Ihnen mein Grundgesetz zurücksenden.

Leider haben Sie mir ein unvollständiges Exemplar zukommen lassen. Wohl finde ich viele Artikel wie: „Schutz der Menschenwürde“, „Freie Entfaltung der Persönlichkeit“ und so weiter. Doch der Artikel zum „Supergrundrecht Sicherheit“ ist nicht enthalten. Ich möchte Sie bitten, Ihren Fehler zu korrigieren und mir ein vollständiges Exemplar zuzusenden.

Mit freundlichen Grüßen,
Ihr deutscher Michel

DIE ANDEREN

DIE VIER TERRORMINISTER SEIT NINE-ELEVEN

Besonders aggressiver Grundrechte-Abbau seit 11.9.2001 mit wechselnden Parteien

CC ZERO STEFAN MÜLLER/STM

Grundrechteabbau aus Tradition: ob links, ob rechts, ob Grün, ob gelb: alle Bundesregierungen der letzten 13 Jahre knabberten mit ihren Innenministern an unseren Freiheitsrechten. Verfassungswidrige Gesetze gingen an den Start, manchmal nur kurz vor knapp von Karlsruhe einkassiert.

OTTO-KATALOGE

In der Zeit der Anschläge auf das World Trade Center amtierte gerade Otto Schily (SPD). In seiner Schublade lagen bereits fertige „Grundrechte-Abschaffungs-Gesetze“. Seine „Sicherheitspakete“ brachten dem 9/11-geschockten Deutschland neue Restriktionen: erste Zugriffsrechte für den Verfassungsschutz auf Telekommunikation, flächendeckende Rasterfahndung. Schily forderte den elektronischen Personalausweis unter anderem mit Fingerabdruck. Als er sein Amt verließ, wechselte er zu einem Hersteller biometrischer Pässe. Für seine Leistungen um den Ausbau des Überwachungsstaates wurde ihm der „Big Brother Lifetime Award 2005“ verliehen der netzpolitischen Bürgerrechtler foebud/digitalcourage.

Steuerhinterziehung in die nahe Schweiz. Wofür die Anwaltsräume polizeilich hausdurchsucht wurden. Zehn Jahre später machen alle Beteiligten weiter, als wäre nichts passiert.

VORRATSDATEN

Mehrere Jahre später, 2008, beglückte Schäuble ganz Deutschland mit seinen Plänen zur Vorratsdatenspeicherung. Unter anderem wollte er alle Telekommunikationsverbindungsdaten für sechs Monate speichern. Schon ein Jahr später stoppte Karlsruhe (wie so oft) dieses Projekt.

Terror-Innenminister Nummer 3, Thomas de Maizière (CDU), fuhr von 2009 bis 2011 eine eher gemäßigte Linie. Seltsame Ideen wie Personalausweise für das Internet folgten glücklicherweise keine Taten. Im Zuge seiner Terrorwarnung 2010 verzichtete er auf die günstige Gelegenheit, weitere Grundrechte abzubauen.

SUPER-GRUNDRECHT

Last, but not least, Hans-Peter Friedrich (CSU), fiel im Sommer 2013 durch seine völlig unkritische Haltung zur NSA-Komplett-Spionage in der gesamten Kommunikation auf. Nach seinen Worten ist Sicherheit ein „Supergrundrecht“, das über allem steht. Wahrscheinlich auch über einem freiheitlichen Rechtsstaat.

13 Terrorjahre, vier Minister, weniger Freiheit. Egal welche Partei, CDU, CSU, SPD, Bündnis-Grüne und FDP: alle haben diesen Bürgerrechteabbau und Terrorwahn nach 9/11 toleriert und fortgeschrieben. Gebracht hat es in Sachen Terrorbekämpfung überhaupt nichts.

ACHTUNG URLAUBSFLIEGER-ABSCHUSS

Der nächste sicherheitsorientierte Innenminister, Wolfgang Schäuble (CDU), machte nahtlos da weiter, wo Schily aufhörte. Beide setzten sich für den Abschuss von Passagier/Terrorfliegern ein, auch mit unschuldigen Geiseln drin. Erst das Verfassungsgericht stoppte diese großenwahnsinnige Staatsbürger-Tötungsabsicht. Das gemeinsame „Terrorzentrum“, in dem Polizei und Geheimdienste unkontrolliert zusammenwuseln, überlebte die Verfassungsklage nicht. Unverdrossen eröffnete Schäuble 2006 seine „Antiterror-Datei“ mit bald schon 10.000 Namen. In späteren Jahren kamen nicht nur „Terroristen“, sondern auch andere „Extremisten“ als „potentielle Gefährder“ hinzu.

Währenddessen führte Parteispenden-Schäuble seine Rechtsanwaltszulassung in einer CDU- und heimatnahen Offenburger Kanzlei. Diese stand im Verdacht der Beihilfe zu Machenschaften wie Konkursgeld-Hinterziehung, Verbraucherabzocke im industriellen Maßstab mit ausländischen Tarnfirmen und der in diesen Kreisen üblichen

AKTION CARE-PAKET

Wir packen Innenminister Friedrich ein bürgerrechtliches „CARE-Paket“

Mit dem Grundgesetz, Menschenrechten, einer Linux- und Virenschutz-CD.

„13 Jahre Terror gegen meine Bürgerrechte sind genug. Ich will meine Freiheit wieder haben!“

**Mach mit und sende deine Meinung:
<https://blog.piratenpartei-nrw.de/schwarze/nsa-aktion-care-paket/>**



WAHL 2013

CC ZERO TIMECODEX, STM



PIRATEN MACHEN POLITIK GLAUBWÜRDIGER ERFOLGE DER PIRATEN

Wer sind denn die Piraten? Was machen die? Was wollen die überhaupt? Das sind doch die mit den Augenklappen, den lustigen Plakaten, diese „Fun-Partei“! Ja, auch.

„DIE WOLLEN DOCH NUR SPIELEN!“

Nein, wollen sie nicht! Die Piraten mögen manchem CDU-Wähler wie ein unorganisierter Haufen wilder Nerds vorkommen. Liebe CDU, die Welt ist nicht nur Oberfläche, die Welt besteht auch aus Inhalt. Vielleicht nicht bei Euch, aber bei den Piraten!

- Bürger- & Grundrechte
- Digitale Demokratie & Mehr
- Teilhabe
- Offenheit & Integrität von Politik.



Das sind wichtige Oberbegriffe für die Piratenpartei. Die Bürger- und Grundrechte stehen aber nicht zufällig an erster Stelle.

DIE PIRATEN VERSTEHEN SICH ALS DIE PARTEI DES GRUNDGESETZES.

- Freiheit des Individuums
- Grundrechte der Bürger
- Fernmeldegeheimnis
- Postgeheimnis
- Unversehrtheit der Privatsphäre
- Recht auf freie Meinungsäußerung
- Pressefreiheit



sind für die Piratenpartei elementare DNA.

Diese Grundsätze geben wir nicht leichtfertig in die Hände der „Aussitzer, Abwarter, Nichtstuer, Schönredner, Beschwichtiger, Verharmloser und Relativierer“. * (CDU/CSU/FDP/SPD/GRÜNE/LINKE bitte einsetzen).

Das laute Schweigen von Merkel in der NSA-Affäre, die Ausreden des Bundesinnenministers sprechen Bände. Es ist nicht immer nur das Geld, das zählt. Es existieren auch noch andere Werte auf dieser Welt. Einfach mal ins Grundgesetz schauen! Oder hier: www.piraten-zur-wahl.de

In den vier Landtagsfraktionen haben wir nach der üblichen Einarbeitungszeit bereits beachtliche Erfolge erreicht. Natürlich legen uns die anderen Fraktionen und Landesregierungen Steine in den Weg. Oppositions-Arbeit heißt dann, neue Ideen einzubringen, Anfragen an die Regierung zu stellen, diese mit den anderen Fraktionen zu diskutieren, um dann vielleicht zu erreichen, dass diese ihren eigenen Gesetzesentwurf vorlegen, der letzten Endes auf unserer Idee beruht. Das ist dann politischer Erfolg! Und davon gibt es eine ganze Menge, mehr als so in den üblichen Medienberichten aufgelistet wird.

In allen vier Landtagen setzen sich PIRATEN erfolgreich für verstärkte Transparenz ein. Dazu gehört auch, dass Sitzungen ins Internet gestreamt werden. Die NRW-Piraten visualisierten den Landshaushalt, die Landesregierung wird ihn in Zukunft maschinenlesbar veröffentlichen.

In Berlin leitet zum Beispiel der Piratenabgeordnete Martin Delius parteiübergreifend anerkannt den Untersuchungsausschuss zum Milliardengrab BER-Flughafen. Im Landtag NRW haben die Piraten eingeleitet, dass der Bau- und Liegenschaftsbetrieb NRW wieder per Untersuchungsausschuss kontrolliert wird. Gleches bei der nordrhein-westfälischen Landesbank: SPD und CDU mussten dem Druck der Piraten nachgeben.

So wird es auch im neuen Bundestag ab 22. September 2013 laufen: die richtigen Fragen werden gestellt, und die Dinge ändern sich auch im Bund. Versprochen!



DAS PROGRAMM FÜR DIE NÄCHSTEN VIER JAHRE IM DEUTSCHEN BUNDESTAG

Ein Überblick über das PIRATEN-Wahlprogramm zur Bundestagswahl 2013. Sie finden den kompletten Text auf piratenpartei.de.

1. FREIHEIT IM NEULAND!

Das Neuland braucht Privatsphäre: die verdachtsunabhängige Durchleuchtung der Bürger und den gläsernen Kunden lehnen wir ab. Im digitalen Zeitalter liegen immer mehr personenbezogene Informationen elektronisch vor, automatisiert verarbeitet und verknüpft, über Ländergrenzen hinweg. Piraten werden Datenschutz-Behörden stärken, Datenhandel mit den städtischen Melderegistern enddämmen sowie die „Vorratsdatenspeicherung“ und/oder „Mindestspeicherfrist“ stoppen. In ein erneuertes Grundgesetz gehören die digitalen Netzwerke!

2. DEMOKRATIE WAGEN IM NEULAND!

Wir Piraten möchten alle Menschen an unserer Demokratie beteiligen. Auch die, die sich in den letzten Jahren und Jahrzehnten etwas zurückgezogen haben: die große Gruppe der Nichtwähler. In unserem Neuland soll es vielfältige direkte und indirekte Mitbestimmung für jeden einzelnen geben: Volksabstimmung direkt über Gesetze und Bestätigung von Verfassungsänderungen.

3. ZEITGEMÄSSE NETZPOLITIK IM NEULAND!

Jede Information ist gleich viel wert, ob von einem großen Konzern oder von einer kleinen Initiative. Deshalb setzen sich Piraten für die Gleichbehandlung im Internet ein: das ist das „Prinzip der Netzneutralität“. Baustelle Urheberrecht: für den Normalbürger ein Buch mit sieben Siegeln, gerät er doch schnell mit den verworrenen Bestimmungen in Konflikt - dazu reicht schon ein falscher Klick im Web. Viele Menschen wurden bereits von Abmahn-Kanzleien mit kostenpflichti-

tigen 100 oder 1000 Euro teuren Verfahren belästigt. So geht das nicht, meinen die Piraten. Seit Ende Juni sind wir entsetzt, dass die gesamte Netz-Kommunikation von Geheimdiensten überwacht und sogar abgespeichert wird („Full Take“). Damit gewinnen wenige Menschen eine unglaubliche Informations-Macht über uns alle. Es handelt sich hierbei um eine Art Google Streetview, bloß nicht nur mit einmaligen Häuserfassaden-Fotos, sondern einer Totalkontrolle von allem, was per Netz hinter dieser Fassade passiert. Und zwar rund um die Uhr. Niemand kann sich dem entziehen. Als erste Gegenwehr fordern Piraten: freie rechtskräftige Signaturen und E-Mail-Verschlüsselung für alle. Wir brauchen anonymen und pseudonymen Zugang zum Netz. Wie das geht, zeigen PIRATEN in hunderten von Kryptoparties auch in Ihrer Nähe überall in Deutschland. Wir kümmern uns um Ihre „digitale Selbstverteidigung“, weil unsere Regierung uns Bürger da im Stich lässt.

4. BILDUNG FÜRS NEULAND!

Unsere Vision eines Bildungssystems baut auf einem positiven Menschenbild auf. Jeder Mensch hat das Recht auf freien Zugang zu Information und Bildung. Bildung ist unser wichtigstes Gut für den Erhalt, die Weitergabe und die Vermehrung von Wissen, Fortschritt und gesellschaftlichem Wohlstand. Unsere Gesellschaft braucht Menschen, die kompetent und kritisch ihr Leben und ihre Aufgaben meistern und sich ihrer sozialen Verantwortung bewusst sind.

5. UMWELT IM NEULAND!

Die Piratenpartei setzt sich mit ihrer Politik für eine ökologisch, ökonomisch und sozial nachhaltige Entwicklung ein. Darunter verstehen wir einen verantwortungsvollen und generationengerechten Umgang mit den - zum allgemeinen Wohlergehen notwendigen - Ressourcen immaterieller oder materieller Art.

6. KULTURELLES NEULAND!

Wir stehen am Anfang eines revolutionären Paradigmenwechsels hin zur Informations- und Wissensgesellschaft, der unser Kulturverständnis maßgeblich prägen wird. Wir Piraten sehen diesen Strukturwandel nicht als Bedrohung, sondern vielmehr als Chance, neue Wege für Teilhabe an Kultur und die Bewältigung der kulturpolitischen Aufgaben unserer Zeit zu finden.

7. SOZIALES NEULAND!

Wie lange kann dieser Sozialstaat noch so weitermachen? Jeder Mensch hat das Recht auf eine sichere Existenz und gesellschaftliche Teilhabe. In unserer Geldwirtschaft braucht der Mensch dazu ein Einkommen. Im Neuland ist dieses Einkommen bedingungslos! Es wird an jeden ausgezahlt, ohne dass er es irgendwo beantragen müsste. Einfach so. Da so ein groß angelegter Sozialumbau ein schwieriger Prozess ist, möchten wir eine Volksabstimmung herbeiführen. Bis dieses bedingungslose Grund-Einkommen (BGE) eingeführt wird, setzen wir uns für einen bundesweit gesetzlichen Mindestlohn ein. Jeder Rentner soll im Alter eine Mindestrente erhalten.

8. FAMILIE UND GESELLSCHAFT IM NEULAND!

In unserer heutigen Gesellschaft gibt es vielfältige Formen des Zusammenlebens. Deshalb ist die traditionelle Familie nur ein Modell unter vielen denkbaren. Wir setzen uns für die vollständige Gleichstellung sämtlicher Lebenspartnerschaften ein.

9. GESUNDES NEULAND!

Gesundheitspolitik heißt für Piraten, dass der Zugang zur oftmals rettenden Medizin so niedrigschwellig wie möglich sein muss. Dazu gehört auch eine größere Transparenz der medizinischen Leistungsfähig-

keit. Damit jeder Mensch im Neuland mehr selbst für seine Gesundheit tun kann, möchten Piraten die Gesundheitsbildung in Schulen und der Gesellschaft allgemein verstärken. „Gesunder leben lernen, statt behandelt werden müssen“. Eine elektronische Gesundheitskarte, bei der die Patienteninformationen in Wirklichkeit gar nicht auf der Karte selbst, sondern in einer zentralen Datenbank gespeichert werden, lehnen Piraten ab. Die Datenhoheit muss beim Patienten verbleiben.

10. NEUES EUROPA!

Das Neuland braucht ein erneuertes Europa drumherum; und zwar mit einem Demokratie-Add-on.

11. SICHERES NEULAND!

Im Rahmen einer globalen Sicherheitspolitik möchten wir nicht nur Symptome von Konflikten aufgreifen, sondern die Ursachen angehen. Wir setzen auf Prävention, auf Vermittlung und Deeskalation. Nicht nur im realen Raum, auch im virtuellen Raum: Wir fordern, die globalen Informations- und Kommunikationsnetze als hohes gemeinschaftliches Gut zu schützen.

12. WIRTSCHAFT IM NEULAND!

Weltweite Vernetzung und Digitalisierung machen ganz neue Formen der Produktion, der Arbeit und des Austausches möglich. Diese neuen Formen des Wirtschaftens bieten enormes Potenzial, erfordern aber auch eine Weiterentwicklung der Wirtschaftsordnung.

13. INNENPOLITIK IM NEULAND!

Die Piratenpartei Deutschland fordert die Offenlegung der Einflussnahme von Interessenverbänden und Lobbyisten auf politische Entscheidungen, um den demokratischen Prozess zu schützen und die Grundlagen von Entscheidungen transparent zu machen.

Lobbykratology

Lobbygruppen, Denkfabriken, Kommunikationsberater und PR-Agenturen spielen eine immer größere Rolle in Politik und Öffentlichkeit. Ab und zu werfen einzelne Affären - wie um die Nebeneinkünfte von Abgeordneten - Schlaglichter auf die Grauzonen politischer Einflussnahme. Aber es gibt zu wenig kontinuierliche und systematische Aufklärung. Lobbyisten als Vertreter von Interessen der Wenigen erschweren politischen und gesellschaftlichen Wandel, der sich am Gemeinwohl orientiert. Sie lassen die Demokratie verkümmern und führen zur weitgehenden Entmachtung der Bürger.

Folge dem Geld ...

Text+Zeichnungen CC ZERO Stefan Müller mit Material von lobbycontrol.de

1. Die Idee finden: Drohnen!

In der ersten Phase des Lobby-Zyklus geht es um die Definition des Problems. Beispielsweise macht sich ein Rüstungskonzern Gedanken, eine neue Kampfdrohne auf das Schlachtfeld zu werfen. Ein komplexes Milliardengeschäft, für das viele Strüppen gezogen werden müssen!

3. Ins Programm schreiben!

Die Lobbyisten formulieren die Politik und arbeiten, etwa mit Referenten in einem Ministerium, das genaue politische Programm oder gleich den Gesetzentwurf aus. Dies ist die intensivste Phase der Lobbyaktivität.

2. Auf die Agenda!

Das Lobby-Thema soll auf die politische Tagesordnung. Der Lobbyist macht es den Politikern schmackhaft, sich mit diesem Thema zu beschäftigen. Vorschläge kommen über Parteien, aber auch durch Medien auf die Tagesordnung. Kampfdrohnen: „Die Amis haben sie schon. Wir müssen auch diese Technologie besitzen!“

Lobbymethoden

- Astroturfing (verdeckte Medienberichte)
- Greenwashing (Schönreden)
- Mitarbeit in Ministerien
- Nebeneinkünfte von Mandatsträgern
- Parteispenden
- Seitenwechsel Regierung/Wirtschaft

Euro-Lobby: So läuft es in Brüssel

Privilegierter Zugang zur Europäischen Kommission (Es ist völlig normal, dass die großen Verbände zu politischen Vorhaben in ihrem Bereich als erste informiert werden) Expertengruppen (Diese etwa 1.000 Gruppen beraten die Kommission zu spezifischen Themen. Ihr Rat hat gewichtigen Einfluss bei der Formulierung von Gesetzen. Bürger sind dort in der Unterzahl) Expertise (Lobbyagenturen, Rechtsanwaltskanzleien helfen den Abgeordneten im EUParl gerne. Dabei ist die Darstellung natürlich verzerrt. Viele Lobbyakteure sehen es als Service, Änderungsvorschläge direkt in Form eines Änderungsantrags einzureichen. Bei bis zu 1000 Änderungsanträgen pro Richtlinie nur mit großen Ressourcen zu leisten)

Lobby-Affären:

Cash-for-laws-Affäre – Credit Default Swap

Der deutsche Rettungsschirm und die Finanzlobby – Dominanz der Finanzbranche in den Expertengruppen der EU – Outsourcing von Gesetzen an Kanzleien und Wirtschaftsprüfer

Neben dem Einfluss der Lobbyisten wächst in Deutschland und Europa auch die Zahl der Denkfabriken, die auf Politik und Öffentlichkeit einwirken. Insbesondere Neoliberale arbeiten seit den 40-er Jahren weltweit gezielt am Aufbau eigener Organisationen. Denkfabriken sind nicht per se schlecht. Aber es fehlt eine kritische Auseinandersetzung mit ihren Zielen, Eigeninteressen und Einflussstrategien. Besonders heikel ist es, wenn sie direkt an der Politikformulierung beteiligt werden oder ihre Finanzierung unklar bleibt.

Gesetz!

Der politischen
die eigentliche Entschei-
Lobbyisten, sondern der
ist hat da erheblichen

5.

Das echte Leben!

Das Gesetz ist da, jetzt muss es in der Praxis reifen. Ideal, wenn der Lobbyist selbst im Ministerium arbeitet. Das ist öfter so als man denkt. Bei der Rüstungsindustrie mit dem Einzelkunden „Staat“ ist das zwangsläufig der Fall.

DEM MEISTBIEGENDEN

Feinschliff!

Eine Gesetzesnovelle droht, wenn Mängel zu stark hervorstechen, sprich nicht unter den Teppich gekehrt werden konnten. Schlimmstensfalls (für den Lobbyisten) wird „sein“ Gesetz komplett gestrichen! So stoppte Verteidigungsminister de Maizière das Drohnenprogramm. Mit hohen persönlichen und politischen Kosten.

Die Resultate tunen!

Im Zuge einer Evaluation stellen Gesetzesanwender Mängel fest. Vorsicht Falle! Der Lobbyist beobachtet dies und versucht, die Evaluationsergebnisse in seinem Sinn zu beeinflussen! Also Fehler kleinreden oder kleine Erfolge groß aufblasen. In dieser Phase ist das Drohnenprojekt der Bundeswehr jetzt gerade.

Was tun?

Sich umfassend informieren, nicht nur aus einer Quelle
Abgeordnete kontaktieren über

abgeordnetenwatch.de

Sich mit Anderen vernetzen, über Gruppen in sozialen Netzwerken Petitionen übers Internet nutzen, etwa über campact.de

Bürgerliche Vereinigungen unterstützen wie etwa Lobbycontrol.de

VERKEHRSPOLITIK

Deutschland fährt Orange

CC BY-NC ND JÜRGEN ASBECK / TIMECODEX

NEUE WEGE BRAUCHT DAS LAND

Die Autostadt war gestern,
 Zu wenig Platz für Menschen. Verstopft und laut.
 Zu viele grosse Autos, zu teure öffentliche
 Verkehrsmittel von mäßiger Qualität.
 All das kann man besser machen.
 All das muss man besser machen.

CC BY-SA NRW MDL OLIVER BAYER / KREON

VERKEHRSWENDE UND FAHRSCHEINLOSER ÖPNV

Die Top 5 der Verkehrswende:

1 FAHRSCHEINLOSER ÖPNV

Mehr Menschen für Bus und Bahn zu begeistern ist aus ökologischen, finanzpolitischen und gesellschaftlichen Gründen eine gute Idee. Ein „fahrscheinloser ÖPNV“ – die Nutzung ohne Ticket – spricht die Menschen an, für die die Einstiegshürden bisher zu hoch waren: Hürden von der Auswahl des richtigen Einzeltickettarifs bis zum Vergleich mit dem Spritpreis. Der „fahrscheinlose ÖPNV“ lädt auch die Menschen, die sich Mobilität bisher gar nicht leisten konnten, dazu ein, an der Gesellschaft teilzunehmen. Alle bisherigen Bus- und Bahnfahrer – vor allem Berufspendler mit Abo – dürfen sich über engere Taktzeiten und ein dichteres Netz freuen.

2 LEBENSWERTE STÄDTE

Grünflächen statt asphaltierter Verkehrswege, Parkflächen statt Parkplatzflächen, ein besseres Stadtclima, weniger Lärm und mehr Möglichkeiten für Fußgänger und Radfahrer. All dies wären die Folgen einer Verkehrswende. Sie erhöhen sowohl die Wohnqualität für die Einwohner und steigern die Attraktivität für die

Besucher unserer Städte. Weniger krank, mehr Freude, und auch mehr Umsatz.

3 RADSCHNELLWEGE

Radschnellwege sollen das Rad als Verkehrsmittel im Berufsverkehr etablieren. Dafür müssen sie mindestens vier Meter breit, gut ausgebaut und von Fußgängerwegen getrennt sowie weitgehend kreuzungsfrei sein. Distanzen von 5 bis 20 km werden damit für Fahrradpendler attraktiv.

4 ELEKTROMOBILITÄT

Elektromobilität hilft nicht viel, wenn die im Stau, am Straßenrand oder auf Parkplätzen stehenden Autos nur durch solche mit Elektroantrieb ersetzt werden. Elektroautos können eine attraktive und nachhaltige öffentliche Mobilität ergänzen – zum Beispiel als Car-Sharing-Lösung in den Städten, doch sie verändern nichts. Selbst der Reduzierung des Schadstoffausstoßes im Betrieb steht eine mögliche Erhöhung der Schadstoffproduktion in der Herstellung gegenüber. Interessant sind die Entwicklungen im Bereich pedalunterstützender Elektrofahrräder (Pedelecs) und der Elektromobilität auf der Schiene.

5 VERKEHRS-FINANZIERUNG

Die vielfältigen Finanzierungsmöglichkeiten für Verkehr und ÖPNV im speziellen befinden sich sowohl auf Bundesebene (wie etwa Kraftstoffabgabe), Landesebene (zum Beispiel Nahverkehrsaabgabe) oder kommunaler Ebene (z.B. Gemeindesteuern und Parkraumbewirtschaftung). Wichtig ist, zusätzliche Finanzierungen zu wählen, die auch Anreize schaffen, die Verkehrswende voranzubringen, um die Nutzung des ÖPNV und des Fahrrades attraktiv machen. Es gilt, die Wettbewerbsposition des ÖPNV gegenüber dem Autoverkehr zu verbessern. Alle externen, indirekten Kosten müssen berücksichtigt werden. Die Finanzierung des Verkehrssystems muss von der allgemeinen Haushaltslage abgekoppelt werden, da es ansonsten vor allem auf kommunaler Ebene zu Entscheidungen kommt, die nur sehr kurzfristig Geld einsparen. Die aktuelle Debatte um die Finanzierbarkeit der Straßenbahnen in Mülheim an der Ruhr und der marode Zustand gerade der schienengebundenen Verkehrsinfrastruktur machen das Problem deutlich.



Oliver Bayer, Piraten, NRW

Kompass: Was spricht für den fahrscheinlosen ÖPNV?

Oliver Bayer: Kein Mensch muss mehr Tickets kaufen, wir finanzieren den ÖPNV anderweitig. Wie wäre das? Jeder würde mit Bus und Bahn fahren, daher gäbe es auch stets gute Verbindungen und kurze Wartezeiten. Es gäbe Lösungen für den Transport von Einkäufen und Fahrten in abgelegene Gebiete. Alle könnten Einsteigen ohne sich Gedanken über Fahrkartenverkaufsstellen, Gültigkeitsregeln oder das eigene monatliche Budget – über Parkplätze, Spritpreise oder Werkstatttermine zu machen. Grünflächen sowie Fuß- und Fahrradwege würden das Stadtbild prägen, der öffentliche Raum wäre frei gestaltet. Lärm- und Klimaschutz wären selbstverständlich. Die allgemeine Mobilität würde der Staat finanzieren. Instandhaltungs- und Begleitkosten wären überschaubar, allerdings gäbe es keine Grundlage für eine Entfernungspauschale mehr.

Es wäre unwahrscheinlich, dass in einer solchen Welt der Vorschlag gut ankäme, man könnte ja nun Stadt und Landschaft mit breiten Straßen durchziehen und jeder Haushalt müsse sich neben Hektoliterweise Benzin ein bis zwei Autos zum Preis von je 20 Monatsmieten anschaffen.

Nun sieht die Welt heute anders aus. Im Ruhrgebiet sind knapp 10 Prozent der Fläche dem Verkehr gewidmet und die Liste der versprochenen Umgehungsstraßen reicht für 200 Jahre „weiter so“-Politik – wenn man weiterhin die Instandhaltung derselben vernachlässigt. Der ÖPNV dagegen wird durch kurzsichtige Haushaltspolitik zurückgedrängt.

DAS POLITISCHE GESPRÄCH: INTERVIEW MIT MDL OLIVER BAYER ZUR VERKEHRSWENDE

CC BY-ND JÜRGEN ASBECK/TIMECODEX

Deutschland fährt Orange - Piratige Verkehrspolitik

Doch mittel- bis langfristig gedachte Öffentliche Haushalte, Klimaschutzziele und gesellschaftliche Veränderungen verlangen eine Verkehrswende. Gleichzeitig erfordert die Teilnahme an der Gesellschaft - am allgemeinen Leben - Mobilität. Daher benötigen wir einen attraktiven und leistungsstarken Öffentlichen Personennahverkehr (ÖPNV). Damit auch wirklich alle Menschen teilhaben können, muss dieser flächendeckend, für alle bezahlbar und immer verfügbar sein. Jeder Mensch muss die Freiheit haben, mobil zu sein - Freiheit mit und ohne eigenes Auto.

Die eleganteste Art, diese Ziele zu erreichen, ist der fahrscheinlose ÖPNV. Er löst zudem das Problem der hohen Einstiegshürde für Gelegenheitsfahrer: Ein attraktives Angebot mit vielen Linien und engen Taktzeiten lässt sich nur realisieren, wenn die Nachfrage groß ist. Die Nachfrage ist groß, wenn das Angebot attraktiv ist - und besonders, wenn man jederzeit und ohne Ticket Bus und Bahn nutzen kann.

Kompass: Wie können wir unsere Städte wieder lebenswert gestalten?

Oliver Bayer: Was würden Menschen mit einer Fläche von 5 x 2,50 Meter im öffentlichen Raum tun, wenn sie ihnen frei zur Verfügung stände? Einen kleinen Spielplatz einrichten? Sandkiste, Rutsche, Bällebad? Einen Kräutergarten für Basilikum oder Hanfgewächse? Vielleicht ein goldenes Betreten verboten-Schild aufstellen? Ein Klohäuschen? Eine Bank platzieren oder einen Liegestuhl? Ich hätte gerade gerne letzteres - mit Steckdose und WLAN selbstverständlich.

In den Großstädten lautet die Antwort heute allerdings: ein Auto daraufstellen. Anwohnerstraßen sind zu riesigen Parkflächen verkommen. Dazu kommt in den Hauptstraßen der Autoverkehr mit Lärm, Schmutz und Vorfahrt vor Personen auf der Fahrbahn.

Wir setzen uns für einen Vorrang von Fuß- und Radverkehr ein und wollen mit dem ÖPNV Autos von der Straße holen. Intelligente Car-Sharing-Konzepte und Maßnahmen wie Fahrradparkhäuschen können die Anzahl der parkenden PKW reduzieren. Anschließend können Verkehrsflächen wieder zu Lebensraum für Menschen umgewandelt werden.

Kompass: Auf der Verkehrswendekonferenz fiel der Begriff „Radschnellwege“. Was müssen wir uns darunter vorstellen?

Oliver Bayer: Radwege können mehr als Freizeitvergnügen. Diese Erkenntnis ist der Ausgangspunkt. Radschnellwege richten sich vor allem an Berufspendler - oder auch Schulkinder, die regelmäßig zuverlässig, schnell und sicher mit dem Fahrrad von A nach B kommen wollen. In den Niederlanden, Dänemark und Belgien gibt es sie schon lange. Nun entsteht sukzessive von Duisburg bis Hamm der Rad-Schnellweg-Ruhr, dessen Konzept auf der Verkehrswendekonferenz vorgestellt wurde.

Radwege, die mindestens vier Meter breit sind, holperfrei und weitgehend kreuzungsfrei zu befahren, ohne ständig abbremsen zu müssen, machen den Alltag doch deutlich angenehmer. Ich halte Radschnellwege für den entscheidenden Anreiz,

das Rad als Verkehrsmittel zu entdecken - und das brauchen wir! Arbeitswege zwischen 5 und 20 Kilometer werden damit für Fahrradpendler überhaupt erst attraktiv.

Kompass: Welche Rolle spielt die „Elektromobilität“ in diesem Konzept?

Oliver Bayer: Distanzen von 5 bis 20 km lassen sich natürlich noch besser mit einem Pedelec, einem Elektrofahrrad, zurücklegen. Die Radschnellwege folgen der zunehmenden Verbreitung der Pedelecs. Auch Elektromobilität auf der Schiene und Hybrid-Linienbusse waren während der Verkehrswendekonferenz Thema. Mit Elektroautos alleine hingegen werden wir kaum eines der derzeitigen Verkehrsprobleme lösen können. Ein neuer Antrieb macht noch keine neue Verkehrspolitik.

Kompass: Wie lässt sich das neue Verkehrssystem finanzieren?

Oliver Bayer: Das derzeitige Verkehrssystem ist verdammt teuer, sowohl für die privaten Haushalte, die eigene Autos vorhalten müssen, als auch für die Gesellschaft insgesamt. Für die Stadt Düsseldorf wurde ermittelt, dass sämtliche PKW-bezogenen Einnahmen nur etwa 15 Prozent der durch PKW direkt entstehenden Ausgaben decken. Die Gesellschaft zahlt darüber hinaus für Gesundheits- und Umweltkosten, Flächenverbrauch und die Entfernungspauschale, um das derzeitige System zu erhalten. Bisher wurde auch wenig an die immensen Kosten für die Instandhaltung und entsprechende Rücklagen gedacht, dafür mit vielen Schulen immer neue Straßen gebaut. Heute haben wir es nicht nur mit

großen Schlaglöchern, sondern auch mit riesigen Haushaltslöchern zu tun.

Dennoch kostet auch ein Umstieg auf ein neues Verkehrssystem zunächst viel Geld. Ein fahrscheinloser ÖPNV könnte wie das Semesterticket oder der Rundfunkbeitrag per Umlage finanziert werden, ebenso durch Unternehmens-Abgaben, Betten- oder Grundsteuer, Parkraumbewirtschaftung oder eine City-Maut.

Bundesweit wäre eine zweckgebundene Kraftstoffabgabe der eleganteste Weg, Verkehrsinfrastruktur zu finanzieren - ob nun zum Erhalt der alten oder zum Aufbau neuer. Eine PKW- oder erweiterte LKW-Maut wäre kompliziert, ineffizient in der Erhebung und böte die Möglichkeit, Bewegungsprofile zu erstellen. Der Schutz vor einem möglichen Missbrauch ist uns als Datenschutzpartei sehr wichtig.

Wie viele Verkehrspolitiker mag auch ich die Schweizer Lösung eines großen Verkehrs-Fonds, der aus verschiedenen Quellen gespeist wird und langfristigere Planungen ermöglicht. Aber auch in Fonds muss man einzahlen: In den Fond für die Schweizer Eisenbahngroßprojekte fließt Geld aus einer zusätzlichen Mehrwertsteuer, Mineralölsteuer und einer Schwerverkehrsabgabe. Geld investieren, um an anderen Stellen oder in Zukunft weit mehr Geld einzusparen, klingt logisch, ist aber dennoch eine schwierige Aufgabe und erfordert Überzeugungsarbeit. Wir arbeiten daran.

Kompass: Oliver Bayer, vielen Dank für das Gespräch.

DIE WENDE FÜR DEN VERKEHR

CC BY-SA ULRICH SCHARFENORT / ULRICS

„Mitmachen - bei der Politik“, nicht nur zuhören!

Die Autostadt war gestern. Zu wenig Platz für Menschen. Verstopft und laut. Zu viele grosse Autos, zu teure öffentliche Verkehrsmittel von mäßiger Qualität. All das kann man besser machen. All das muss man besser machen.

Vortrag Professor Heiner Monheim

Professor Heiner Monheim von der Universität Trier eröffnete die Veranstaltung mit einem allgemeinen Vortrag. Angefangen bei Fußgängern und Radfahrern, bis hin zum öffentlichen Personen-Nahverkehr (ÖPNV) und dem Individualverkehr. Er richtete zahlreiche Denkanstöße an das anwesende Publikum vor Ort und das virtuelle im Livestream. Wie viele Stellplätze benötigt ein Auto? Wer denkt schon darüber nach? Für jedes Auto werden 3,5 Parkplätze benötigt, die zudem einen Großteil der Zeit gar nicht belegt sind. Ebenfalls zum Thema Auto ist der Platzbedarf auf den Straßen interessant, der sich mit steigender Geschwindigkeit rapide vergrößert. Ein Tempolimit auf Autobahnen könnte diesen Platzbedarf und den an neuen Straßen senken und Staus vermindern.

Ein anschauliches Beispiel zum Platzbedarf war auch das Entleeren eines Stadions. Der Fußgänger braucht nur wenig Platz, weshalb die Menschen das Stadion recht schnell verlassen können, während es auf den Straßen schnell sehr eng wird, weil die Autos viel Platz brauchen. Professor Monheim kritisierte am ÖPNV die ungünstige Abstimmung der einzelnen Verkehrsmittel aufeinander. Jeder regelmäßige Nutzer des ÖPNV kann das nur bestätigen. Als positiven Wandel führte er das Semesterticket an, nach dessen Einführung die PKW-Zahlen bei Studenten zurückgingen und auch ein langfristiger Wandel beim Verkehrsverhalten einzutreten scheint. Er plädierte dafür die Idee einer ÖPNV Flatrate, wie sie bereits für Studenten gilt, auch auf die Allgemeinheit auszuweiten, dies aber gleichzeitig mit einer Forderung nach einer Verbesserung der Taktzeiten zu verbinden.

An der Politik kritisierte er vor allen Dingen die lineare Denkweise, die mit immer der gleichen nicht funktionierenden Lösung versucht, das Problem zu lösen. Genau meinte er damit den Versuch durch immer mehr Straßen das Stauproblem zu beseitigen wollen, anstatt mal andere Wege zu gehen. Er beklagte den Mangel an Innovation und wunderte sich über die Ineffizienz des Pendelns. Ebenso wunderte ihn, dass 80 Prozent der Investitionen in Fernverkehr gesteckt werden, während der Nahverkehr einen Großteil unserer Mobilität ausmacht. Zudem scheinen viele Kosten für den Autoverkehr in den Haushalten der Städte und Kommunen nur begrenzt sichtbar gemacht zu werden.

Auf seiner Webseite macht er „Lust auf die Zukunft“, eine Stadt in der nicht mehr das Auto im Vordergrund steht. (heiner-monheim.de)

Vortrag Regionales Radwegennetz

Martin Tönnes vom RVR stellte in einem Vortrag das regionale Radwegenetz vor. Aktuell soll es zirka 700 Kilometer lang, weitere 850 Kilometer sind geplant. Es handelt sich hier neben Radwanderwegen auch um Radwege für Pendler. Insbesondere der Radschnellweg (RS1) durchs Ruhrgebiet war ein Thema. Die Streckenführung soll von Duisburg über Mühlheim, Essen, Gelsenkirchen, Bochum, Dortmund und Unna bis nach Hamm reichen. Eine eventuelle Erweiterung Richtung Düsseldorf wird auch nicht ausgeschlossen. Das Konzept des Radschnellweges stammt aus den Niederlanden, wo gut gestaltete Radwege ein schnelles Vorankommen ermöglichen. Neben einer ausreichenden Breite zählt dazu auch der Verzicht auf Kreuzungen, um den Verkehr nicht zu behindern.

Das Konzept der Autobahn wird also auf den Radweg übertragen. Genutzt werden für dieses Konzept alte Bahntrassen, die wegen ihrer geringen Gefälle optimal geeignet sind. Zeitgleich wird dieser Bereich durch den Radschnellweg für eine eventuelle erneute Nutzung als Schienenstrecke freigehalten. Unter anderem wird hier die Trasse des nicht realisierten Metrorapids genutzt. Betont wurde, dass ein Radschnellweg insbesondere für Pendler unter 30 Kilometer unter der Verwendung von zum Beispiel Pedelecs eine Option im Vergleich zu anderen Verkehrsformen sein kann.

In Essen ist ein Teilstück bereits realisiert und der Ausbau in Richtung Mühlheim geht, wie man der Tagespresse entnimmt, langsam voran. Geplant ist die Fertigstellung bis Duisburg bis 2016. In Richtung Dortmund wird noch an der Streckenführung gearbeitet.

Als Beispiel führte er Martin Tönnes auch das Projekt Stilleben 2010 an, bei dem die A40 jetzt einspurig für Fußgänger und den Radverkehr freigegeben wurde. Zahlreiche Bürger nutzten diese Gelegenheit und zeigten: Ein Radschnellweg kommt an. Die geplanten Kosten von 110 Millionen Euro für 85 Kilometer sind im Vergleich zu Autobahnen, wo schon kurze Abschnitte ähnliche Kosten verursachen können, moderat. Das Ruhrgebiet wird mit dem RS1 eine Vorreiterrolle in Deutschland übernehmen. Mehr Informationen gibt es unter www.metropoleruhr.de

Papierloser ÖPNV

Klaus Vorgang vom Verkehrsverbund Rhein-Ruhr (VRR) stellte sein Konzept zu einem papierlosen ÖPNV vor. Es ging um Mobilität aus einem Guss, wobei die Verkehrsformen ineinander übergehen sollen. Also nicht nur Busse und Schienenfahrzeuge, sondern

auch Fahrräder und Carsharing. Ebenfalls sollen zukünftig Handytickets besser vernetzt werden, um den Komfort zu erhöhen. Bei der Kostendeckung des aktuellen ÖPNV scheinen die Kosten derzeit nur zu 32 Prozent vom Schienenpersonennahverkehr und zu 50 Prozent vom Rest der Fahrgäste getragen zu werden. In Zukunft soll es Tickets geben, mit denen man das Fahrzeug betritt, sich einbucht und beim Verlassen wieder ausbucht, wodurch dann nur die wirkliche Fahrt berechnet würde. Als Beispiel wurde die Oystercard in London genannt. Dieses Modell des VRR stieß allerdings sowohl bei Datenschützern, wie auch Befürwortern einer ÖPNV-Flatrate auf Ablehnung, weil unnötig viele Daten erfasst werden müssen, was bei einer ÖPNV-Flatrate komplett entfällt. Das Missbrauchspotential der Daten für Bewegungsprofile ist enorm hoch, insbesondere in Hinblick auf Spionageprogramme, wie PRISM.

Eine Machbarkeitsstudie für diese Ticketform ist in Essen geplant und im Zeitraum 2017-2019 soll das Konzept im gesamten VRR umgesetzt sein. Erschreckend war die Tatsache, dass die wirklichen Auslastungen dem VRR gar nicht bekannt sind. Es gibt nur einzelne Zählungen der örtlichen Verkehrsbetriebe. In einigen Fällen werden derzeit bereits aktuelle Positionen der Fahrzeuge erfasst, um diese dann zum Beispiel auf Anzeigetafeln für Fahrgäste bereitzustellen. So können Verspätungen oder Verfrühungen bekanntgegeben werden. Aus dem Publikum kam die Forderung nach einer Datenfreigabe der Fahrpläne und sowie aktuellen Daten, damit die Open-Data-Gemeinde neue Applikationen entwickeln kann. Schließlich macht eine gute Informationspolitik ein Angebot auch attraktiver.



Gebt uns den Titel!

Die Piraten wollen die Verkehrswende und ein wichtiges Element dabei ist der fahrscheinlose ÖPNV, der auch schon einmal kostenlos, ticketfrei, umlagefinanziert, zum Nulltarif oder Flatrate ÖPNV genannt wird. Wir Piraten finden: Unser Konzept ist prima, unsere Bezeichnungen nicht. Was wäre der passende Begriff? Was ist griffig, verständlich und zeigt zugleich, dass sehr wohl Geld für den ÖPNV ausgegeben werden muss?

Schreibt Eure Vorschläge an: oepnv@verkehrswende.info
Webseite: verkehrswende.info



Ein BigBrotherAward für die Verantwortlichen

Bereits 2003 bekam die GEZ einen BigBrotherAward. Vieles hat sich seit damals getan. Insbesondere das neue Rundfunkgesetz, mit dem aus der GEZ nach offizieller Benennung ein Beitragsservice wurde. Bisher scheint es jedoch noch keine Urteile zum neuen Beitragsservice und der Rechtmäßigkeit zu geben.

Was festgeschrieben ist, ist im Rundfunkbeitragsstaatsvertrag der unglaubliche Zugriff auf Daten, den sich der GEZ-Nachfolger mit dem unhandlichen Namen erlauben darf. Eine gigantische Datenmenge aus den Melderegistern, alle an einem Ort in Köln gelagert. Nach der Laudatio auf den diesjährigen Gewinner in der Kategorie Politik gehören sehr viele überflüssige Daten dazu.

Um die Spannung nicht weiter zu steigern: die Gewinner in der Kategorie Politik sind in diesem Jahr die Ministerpräsidenten der Bundesländer. Diese sind maßgeblich für den Rundfunkstaatsvertrag in der vorliegenden Form verantwortlich.

Besonders hervorgehoben wurde durch den Verein digitalcourage e.V., der die BigBrotherAwards vergibt, dass durch die Konstellation im Rundfunkstaatsvertrag mit dem Beitragsservice (BS) eine neue „nicht rechtsfähige Gemeinschaftseinrichtung“ geschaffen wurde. Nach der Laudatio geschah dies, um dem BS die Verarbeitung der Daten zu ermöglichen, weil es ansonsten als eine externe Verarbeitung von Daten gezählt würde. Aktuell soll es trotzdem unklar sein, wer für die Daten zuständig ist.

Wobei die Ministerpräsidenten der Bundesländer den Award alleine schon deswegen verdienen, weil man sich nicht gegen die Datenweitergabe an die Datenkrake BS wehren kann. Hoffnung macht vorerst nur, dass das Verwaltungsgericht Berlin derzeit eruiert, ob dies überhaupt rechtlich zulässig ist. Die Wahrscheinlichkeit ist in meinen Augen groß, dass es nicht der Fall ist.

Ich habe jedenfalls das Gefühl, meine Daten würden für Auftritte im Fernsehen durch die Politiker verkauft. Wobei es im Fernsehen leider keine wirklich kritischen Sendungen gibt, die Politikern mal wirklich auf den Zahn fühlen.

Buch- und Medientipps

Infotipp

Die Bundeszentrale für politische Bildung

Leider nur wenig bekannt: die Bundeszentrale für politische Bildung, bei der es allerlei Publikationen zu vielen Themen gibt. Um sich eine Meinung zu bilden, sind Informationen unerlässlich. Wird nur eine Informationsquelle verwendet, beeinflusst das die Meinung einseitig. Als Quellen für Informationen können viele verschiedene Stellen dienen. Da wären Tageszeitung, das Fernsehen oder auch das Internet. An dieser Stelle nenne ich eine weitere Möglichkeit für Informationen: Die schon im Titel genannte Bundeszentrale für politische Bildung (BPB) gibt eine Vielzahl von Publikationen heraus. Einige richten sich eher an ein jugendliches Publikum oder an Schulklassen, andere an die Allgemeinheit. Es gibt zum Beispiel die Zeitschrift „Aus Politik und Zeitgeschichte“, in der immer wieder einzelne Themengebiete aus verschiedenen Perspektiven beleuchtet werden. Beispielsweise bringt die Ausgabe „Weltuntergang“ Einblicke, wie die Idee vom Ende der Welt durch die Jahrtausende transportiert und gewandelt wurde. Was dies für die heutige Zeit bedeutet. Sogar, warum uns die Apokalypse im Kino in den verschiedensten Variationen immer wieder fasziniert.

Es gibt weitere Themenhefte anderer von der BPB veröffentlichter Zeitschriften. Als Beispiel möchte ich hier eines mit dem Titel „Vorurteile“ nennen. Darin geht es um die Entstehung von Vorurteilen, wie diese sich halten und über die Jahrhunderte wandeln und vor allem, wie man Vorurteile hinterfragt. Vor dem Lesen dieses Heftes waren mir einige Vorurteile nicht in der Bandbreite und mit den Hintergründen klar. Ebenfalls im Angebot der BPB sind Bücher. Das wichtigste ist hier das Grundgesetz. Daneben gibt es auch Sekundärliteratur zu den verschiedensten Themen.

Zahlreiche Titel der BPB sind abgesehen vom Porto kostenfrei erhältlich, viele andere sind ausgesprochen kostengünstig. Ich würde empfehlen, einfach mal auf der Seite der BPB vorbei zu schauen und sich ein wenig umzusehen. Ist für jeden der sich informieren will etwas dabei.

CC-BY-ND-NC ULRICH SCHARFENORT/ULRICS

<http://www.bpb.de/>



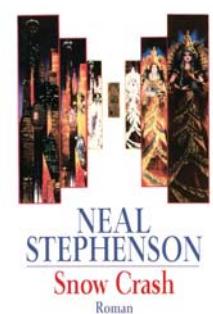
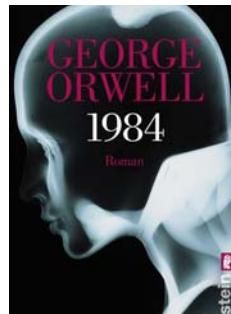
Buchtipps

Der Staat sieht alles und macht dich kaputt

Winston Smith hat einen guten Job. Im Ministerium arbeitet er alte Zeitungstexte um. Und schupp-di-wupp werden aus alten Nachrichten mit neuen Fakten völlig neue Texte und wandern dann als neue Wahrheit in die Welt. Eigentlich ein gutes Leben als Mitglied der äusseren Partei. Und über allen Bewohnern wacht Big Brother und motiviert sie mit einer regelmäßigen „Hateweek“ zum Weitermachen im Kampf gegen den Erzfeind. Doch eines Tages kommt Winston auf dumme Gedanken. In einem Antiquitätengeschäft erstehen er ein verbotenes Objekt: ein Notizbuch mit wunderbar cremigem Papier. In einer Nische in seinem Wohnzimmer, die nicht vom allgegenwärtigen Televisor-Überwachungsgerät eingesehen werden kann, schreibt er ein geheimes Tagebuch. Eine junge Frau lockt ihn auf ein geheimes Versteck auf dem Land. Später treffen sie sich in einem Zimmer über dem Antiquitätengeschäft. Sie schmieden einen Plan, Big Brother zu stürzen. Doch der hat sie längst umfassend überwacht, und das ganze nimmt eine üble Wendung. Die Gedanken-Polizei foltert die beiden, treibt Smith zum Verrat an seiner Freundin - und sich selbst, als er in den Ministeriums-Kellern übel gefoltert wird. Und sie dreht seinen Hass auf Big Brother in totale Liebe, selbst in dem Moment, als er dann vom Staat hingerichtet wird. 1948 waren die Visionen von George Orwell Science-Fiction. Heute ist alles, was er beschrieb, technisch möglich. „1984“: ein zeitloses Werk, das auch 2013 noch immer nichts von seiner Kraft verloren hat. Wer literarisch nachvollziehen will, wie Überwachung den Mensch zerstört, sollte jetzt gleich zu diesem Buch greifen, bevor es verboten wird.

CC ZERO STEFAN MÜLLER /STM

George Orwell: 1984,
Ullstein Taschenbuch,
33. Aufl. 2009, 384 Seiten, , ISBN
3548234100, 9,95 Euro



Buchtipps

Rasant durch die Cyber-Dystopie der 90-er

Anfang der Neunziger lief die Cyberpunkwelle in der Zukunftsliteratur gerade aus. Da erschien ein neuer Brecher: Neal Stevensons Durchbruch-Roman „Snow Crash“ erzählt die Geschichte vom schwertbewaffneten Pizza-Auslieferator Hiro Protagonist im postmodernen Kalifornien am Rande des Zusammenbruchs. Da ist auch Stoff zum Nachdenken: Öffentliche Güter wie Autobahnen oder WCs gibt es nicht mehr, alles ist käuflich, die Welt in kleinste Einzelheiten in Form souveräner Stadtstaaten zerteilt. Verlierer wie Hiro leben in einem Mietlagerraum, flüchten sich in eine virtuelle Welt, das Metaversum. Oder sie betäuben sich mit „Snow Crash“: eine Droge und gleichzeitig Computervirus, der allerdings dunklen Zwecken dient, nämlich der totalen Unterjochung der Menschheit.

Anders als bei 1984 herrscht ein optimistischer Grundton. Der Leser von heute wird in dem Buch von 1992 viele Dinge wiederfinden. „Avatare“ heißen heute „Avatare“, den virtuellen Globus haben wir als Google Earth. Oder auch witzige Randbemerkungen wie dass der Geheimdienst aufgelöst wurde, weil er sich mit der US-amerikanischen Zentralbibliothek zu einer Einheit verschmolzen hat. Eine Perspektive für die NSA? Schrill, schnell, nerdig, abgehackt und jede Menge Buch fürs Geld!

CC ZERO STEFAN MÜLLER /STM

Neil Stephenson: Snow Crash, Blanvalet
Taschenbuch Verlag,
2. Auflage 1995, 544 Seiten, ISBN
9783442236862, 9,00 Euro

STELL DIR VOR, SIE SCHAFFEN ZEITUMSTELLUNG AB – UND KEINER WEISS, WANN

CC BY AG ZEITFESTSTELLUNG/OILVER TIETZE

Viele Menschen stören sich daran, dass zweimal jährlich das Zeitraster geändert wird. Umfragen und Diskussionen zeigen dies regelmäßig. Doch kaum jemand weiß, dass diese Zeitumstellung eher willkürlich zustande kam. Und noch weniger Bürger wissen um die Mitbestimmungsmöglichkeiten auf europäischer Ebene.

Zur Geschichte. Eine frühe Idee zur Gestaltung der Tageszeit entstammt der Feder Benjamin Franklins. Die Bürger der Stadt Paris, so schlug er bissig vor, mögen bei Sonnenaufgang mit Kanonenschüssen geweckt werden. Dafür dann abends früher ins Bett - Ersparnis: tausende Tonnen Kerzenwachs pro Jahr!

Nach über 100 Jahren wurde dieser Gedanke aufgegriffen. Die Einführung der Zeitzonen im Jahr 1884 ersetzte die jeweils lokal gültige „wahre Ortszeit“ (12 Uhr Mittags, Sonnenhöchststand) durch eine „künstlich“ geschaffene, überregionale Zeitrechnung. Diese könne man, so die These, beliebig anpassen, so dass der Sonnenaufgang einfach später stattfinde. Es sei abends „länger“ hell und man spare an Licht und Heizung.

Ressourceneinsparung also, wenigstens in einer Tageshälfte. Es verwundert nicht, dass mit Beginn des ersten Weltkriegs tatsächlich die Uhrzeit im Sommer verstellte wurde, um abends mit Sonnenwärme statt mit Kohle zu heizen. Auch im zweiten Weltkrieg wurde zeitweise wieder eine eigene „Sommerzeit“ eingeführt. Ein Spareffekt ist jedoch nicht belegt - der „Betatest“ blieb ohne Auswertung.

Trotzdem: die Ölkrise der 70-er Jahre ließ die Zeitumstellung erneut aufleben. Obwohl wiederum keine Energieeinsparung nachweisbar war, man teils sogar das Gegenteil feststellte, wurde die Sommerzeit mit dem Ende der Krise nicht abgeschafft. Im Gegenteil: auch ohne Krise haben immer mehr Regierungen die Sommerzeitregelung übernommen.

Wer entscheidet?

Bis in die 1980er Jahre gab es in vielen EU-Ländern unterschiedliche Sommerzeiten. Mit Harmonisierung dieser Regelungen hat die Europäische Union die in Krisenzeiten verordnete Umstellung hochoffiziell bestätigt. Leider kam dabei die Bürgerbeteiligung ebenso zu kurz wie die wichtige Frage nach dem „Warum?“. Es galt eher das Motto: „Das war schon immer so, also bleibt das so“.

Beschäftigt sich die EU-Kommission mit dem Unmut über die Zeitumstellung? Leider nein. Immerhin: die Kommission holt sich dafür Anregungen von den Mitgliedsstaaten, durchaus auch zum Thema „Zeitregelung“. Leider erhält sie hierzu meist keine Antwort, da die Staaten entsprechende Petitionen mit Verweis auf EU-Zuständigkeit abschmettern. Dies zeigt ein Manko der Legislative in der EU: Eine einmal getroffene Fehlentscheidung kann nur schwer berichtigt werden. Die Mitgliedsstaaten fühlen sich nicht zuständig, die EU-Kommission kann ohne sie aber nicht tätig werden.

Europäische Bürgerinitiative

Seit März 2012 können Bürger die EU-Kommission mit der Europäischen Bürgerinitiative (EBI) zu einer Stellungnahme auffordern. Eine Million Europäer, davon ein gewisses Quorum aus sieben Mitgliedsstaaten, müssen sich beteiligen. Das bedeutet viel Arbeit in den einzelnen Ländern, europaweite Zusammenarbeit - auch der Piraten - und Aufklärung der nationalen Regierungen, um die Bürgermeinung

Sommerzeitonen in Europa



zu erfragen und vorhandene Petitionen in Richtung der EBI zu kanalisieren. Übrigens: die Abschaffung der Zeitumstellung, also der Weg zurück zur Ganzjahreszeit, vereint Sommer- und Winterzeit-Gegner. Welche konkrete Zeit ganzjährig gelten soll (eigentlich: in welcher Zeitzone wir leben wollen), darf nämlich tatsächlich von den Staatsregierungen entschieden werden - nicht von der EU.

Was kann jeder Einzelne tun?

Bis eine Bürgerinitiative in die Unterstützungs-Phase gelangt, muss das Thema möglichst nachhaltig in die Öffentlichkeit gebracht werden. Wichtig ist, dass Befürworter der Ganzjahreszeit sich bei den vorhandenen nationalen Initiativen registrieren. Nur so können die offiziellen Unterstützerlisten der EBI effektiv verteilt werden.

Die Arbeitsgemeinschaft (AG) Zeitfeststellung beschäftigt sich bei den PIRATEN Deutschland wegen der Absurdität und Patt-Situation auf Regierungsseite schon längere Zeit mit dem Thema „Zeitumstellung“.

Auf den letzten Bundesparteitagen war die AG jeweils mit einem Antrag präsent. Eine Variante des modular aufgebauten Antrags wurde auf dem letzten BPT zum Parteiprogramm angenommen.

Macht mit!

Befürworter der Ganzjahreszeit können sich in der AG-Mail-lingliste registrieren, um in der aktiven Phase der Europäischen Bürgerinitiative informiert zu werden und um sich im Vorfeld zu beteiligen:

<https://service.piratenpartei.de/listinfo/aq-zeitfeststellung>



VON DIGITALEN SCHAFEN ...

CC BY-NC ND JÜRGEN ASBECK/TIMECODEX

Der Mensch an sich ist neugierig! Er hat einen angeborenen Spieltrieb, die Neugier lässt ihn schon als Kind alle möglichen Dinge ausprobieren. Toll ist: Alles was blinkt, Krach macht, oder sich bewegt. Neugier ist gut! Spieltrieb ist wichtig!

So lernen wir viele Verhaltensweisen und Techniken, die wir in unserem Leben brauchen. Nun, mit der Erfindung der Smartphones bekommt der Spieltrieb neue Nahrung unbekannter Dimensionen. Musik kann immer und überall gehört werden, Fotos können geschossen und sofort versendet, mit „Freunden“ über soziale Netzwerke geteilt werden. Stop!

Mit Freunden? Nur mit Freunden? Nein, leider nicht.

Schon jetzt hört und liest ein schwarzer Kubus in Fort Meade alles mit, „Crypto City“ genannt, der sich für alle Daten brennend interessiert.

Ob Telefongespräche, Kreditkartendaten, Bewegungsprofile, Kontaktlisten, besuchte Webseiten oder Suchanfragen: *Alles wird ausgespäht*. Der direkte Zugriff auf Server von Google, Facebook, Microsoft und vielen Anderen macht es möglich. Fast alle grossen Unternehmen dieser Art haben wohl geheime Verträge mit der US-Regierung über die „Zurverfügungstellung“ von Schnittstellen, Datenknoten oder Informationen abgeschlossen.

Amerika brachte nach dem zweiten Weltkrieg Frieden, Freiheit und Demokratie zurück nach Europa. Nicht erst seit dem 11. September 2001 werden Freiheit und Demokratie langsam unterhöhlt: durch den Wunsch, alles und jeden auszuspähen, unter Mißachtung von nationalen Gesetzen und persönlicher Freiheitsrechte der Menschen in vielen Ländern rund um den Globus.

Noch ist diese Überwachung nicht komplett (um das Wort „total“ hier nicht verwenden zu müssen).

Wie könnte die Zukunft aussehen?

Wir Menschen werden weiter spielen wollen.

„Google Glass“, ein tolles Spielzeug, wenn es nicht die Persönlichkeitsrechte aller – gegen ihren Willen-gestreamten Personen verletzen würde.

Die „X-Box“ von Microsoft, sicher ein tolles Spielzeug für den Gamer. Wenn es nicht über das Steuerungsmodul „Kinect“ ständig mit dem Hersteller verbunden wäre, und nicht per Kameras und Mikrofonen unser Wohnzimmer ausspähen könnte.

Das sogenannte „Smart-TV“. Fernsehkanäle und Internet wachsen in einem Gerät zusammen. Auch das ist eine schöne Erfindung, aber es gibt auch hier mehrere Haken. Internet-TV kann im Gegensatz zu terrestrischem Empfang oder Satelliten-TV jederzeit sekundengenaue Auskunft über das angeschaute Programm geben.

Ist das Gerät zusätzlich mit optischen und/oder akustischen Bedienungselementen ausgestattet, kann es aber noch mehr. Auch hier können Kameras und Mikrofone alle Bilder und Konversationen live senden. Ist es ein Google-TV (Hersteller oder Software), gehen diese Informationen nach Irland, wo eine Auskunft über Art und Umfang der so ausgespähten für den Beobachteten fast nicht zu bekommen ist.

Innerhalb der EU sollen Neufahrzeuge in den nächsten Jahren mit einer sogenannten Notruftaste ausgestattet sein. Im Falle eines Unfalls kann so schnell Hilfe geholt werden, das Auto meldet wo es ist. Da dies über GPS-Satellitenortung geschieht, passiert das allerdings auch ohne Unfall. Jeder Bürger, der bis dahin Handies, Navigationsgeräten oder anderen technischen Sendern aus dem Weg gegangen ist, wird damit im Auto endgültig jederzeit verfolgbar.

Diese Liste enthält nur einige Beispiele.

Wir können das alles entweder hinnehmen, oder wir können etwas tun. Wir müssen uns entscheiden, ob wir „digitale Schafe“ bleiben wollen, oder nicht!





... UND DIGITALEN WÖLFEN

CC BY-NC ND JÜRGEN ASBECK/TIMECODEX

Staatliches Datamining läuft heute schon über digitale Netzwerke. Aktuelle Filtertechniken sind technisch zwar sehr fortgeschritten, ein Teil der „Yotta“-Byte an abgehörten Informationen wird aber schlicht nicht zu deuten sein. Das kann sich in zehn oder zwanzig Jahren ändern.

Welche Filtertechniken werden existieren?

Sicherheitsbehörden speichern massenhaft Rohdaten aus allen Kommunikationskanälen. Politik und Geheimdienste argumentieren mit dem Schutz vor Terrorismus.

Ein scheinbar nachvollziehbarer Grund, doch er wurde bis ins Unendliche skaliert: Ursache und Wirkung heute in keinem sinnvollen Verhältnis mehr. Der Auftrag eines Geheimdienstes besteht aus der Information der „richtigen“ Stellen und der „Desinformation“ aller anderen. Länder, Staaten, oder auch ihrer eigenen Einwohner.

Wer kann denn sicher sagen, dass präsentierte Beweise wirklich „echt“ sind? Rohdaten sind manipulierbar, letztendlich lässt sich damit alles beweisen und jeder kriminalisieren.

Wer überwacht das alles?

Die, die es tun, wissen nichts, sagen nichts, tun nichts oder manipulieren eventuell die Wahrheit?

Nichts davon ist gut für die Demokratie und das Vertrauen des Bürgers in seinen Staat!





In der Welt der Freiheit ist Technologie verpönt und weitestgehend durch Magie ersetzt. Bevölkert ist diese Welt von gar allerlei Kreaturen. Sie machen das Leben nicht immer einfacher.

Einfach ist nichts und selten ist dies anders. Dies war das leicht verwirrende Motto des Völkchens, das sich selbst als fahrende Händler betrachtete. Schon manch einer war bei dem Versuch, es mit Logik zu betrachten, dem Wahnsinn anheim gefallen.

Zwei dieser Händler reisten auf ihrem langsamen Ochsenkarren durch einen Wald. Durch eine jahrhundertelange Nutzung zeigte dieser deutliche Spuren mangelhafter Wartung durchs hiesige königliche Tiefbauamt. Die Händler verweigerten sich, wie viele, der Technologie. Es bedeutete, dass sie mangels Federung jede Wurzel mit ihrem Hintern spürten. Jahrtausende hat es gedauert, um den Fortschritt von eckigen auf runde Räder zu realisieren. So war der Gelehrte, der eine Federung vorschlug, mit Schimpf und Schande vertrieben worden. Neben blauen Flecken brachte die fehlende Federung zumindest etwas Abwechslung in einer sonst ereignislosen Reise. Das Ih-Mag, eine magische Kommunikationsmöglichkeit, funktionierte leider nicht in dem dichten Wald. So fuhren sie schweigend dahin, bis sie an einer Brücke ankamen.

„Was soll das „Bitte nicht füttern Schild?“, fragte der eine plötzlich. Wie ein Kastenteufel sprang auf einmal ein Troll unter der Brücke hervor. In einem meckrigen Tonfall sagte er: „Wer die Brücke von Huselpuselwusel

passieren will, muss bezahlen!“ Die beiden Händler blickten sich verwundert an. Waren Trolle doch generell für ihre Großzügigkeit und ihre Geselligkeit bekannt. Ein aggressiver Troll war höchst ungewöhnlich. „Ehrenwerter Huselpuselwusel, was führt einen Troll zur Mautlagerrei?“, fragte der eine Händler.

Dieser schaute sie traurig an. „Ich brauche viele Neuro, um meinen Weg in der Druidologie weiter zu beschreiben.“ „Der was?“ „Ihr kennt nicht die Druidologie? Den einzigen wahren Weg zu Erhabenheit.“

künftige Trolle beitrage würde. Er erzählte von den Druidologen, denen er Neuros gab. Dafür bekam er Schriften und Zutaten für Tränke. Er könne zwar nicht lesen, aber die Druidologen hatten ihn überzeugt, dass er nur ihren Regeln folgen müsse und dann eines Tages lesen können würde. Das war natürlich nicht billig, aber Huselpuselwusel war überzeugt, im Besitz der absoluten Wahrheit zu sein und ließ sich nicht beirren. „Dies ist der Magomesser.“ Er holte einen dickeren Ast hervor.

„Was tuschelt ihr da über mich?“ Unschuldig winkten die Händler ab. „Ihr versteht diese Welt einfach nicht,“ bemerkte der Troll besserwisserisch.

Um den Troll etwas zu schwächtigen, fragte der Händler fatalerweise: „Was ist ein angeschwellter Myny der 8. Stufe?“ Seit diesem fatalen Ereignis kursiert in Händlerkreisen die Regel nicht mehr mit Trolle zu sprechen, geschweige denn diese auf irgendeine Weise zu füttern.

Wie eine Sturmwalde lud Huselpuselwusel seine Ansichten über die Welt ab und was ihr die Druidologie alles bringen würde. Sie wollten doch nur der Welt das Heil bringen, selbst wenn dafür alle Herrscher entmachtet werden müssten. Seine Rede schien Ewigkeiten zu dauern und hinterher bluteten den Händlern die Ohren.

Husepuselwusel: Ein Troll unter der Brücke und Mautlagerer

2 Händler denen Geld wichtiger ist als ein Name

Neuro: Die übliche Währung in den meisten Königreichen

Das **Ih-Mag** ist eine magische Holzplatte, die mit anderen

Platten dieser Art in Kontakt treten kann.

Beide Händler schüttelten den Kopf und mussten sich ein Grinsen verkneifen. Religionen und Ideologien waren bei den Händlern nicht besonders gut angesehen, denn sie verhinderten meist nur gute Geschäfte. Seltenerweise lehnten sie dennoch Technologie ab, vielleicht aber auch nur, weil sich keine Kundschaft dafür fand. Oder es war schlicht aus Gewohnheit.

Der Troll setzte zu einer langen Erklärung an, die sicherlich nicht zu einem guten Ruf für zu-

„Der sieht aber aus wie ein Holzstab“ „Das ist ein speziell gefertigter Magomesser, der hat mich nur 100 Neuros gekostet,“ verkündete Huselpuselwusel mit mehr als einer Note Hochnäsigkeit. Die Händler mussten sich ein Lächeln verkneifen. Der Troll bemerkte aber ihren Gesichtsausdruck und geriet in Rage. Voller Stolz und wie zur Verteidigung verkündete er: „Ich bin ein angeschwellter Myny der 8. Stufe. „Jetzt verstehe ich das Schild,“ meinte der eine Händler zum anderen.

Rettung kam erst in Form einer Wolke, die sich die Legion der Unbekannten nannte und sich mit dem Troll in eine heftige Diskussion verstrickte. Die Worte flogen hin und her, als wären sie Dolche. Vorsichtig schllichen sich die Händler an den Streitenden vorbei. Es war in der Luft zu spüren, dass im Bereich der Brücke bald ein heftiger Mistwind wehen würde. Auf Kuhfladen und ähnliches im Gesicht hatte keiner der Beiden große Lust.

ZEHNMAL KOMPASS

Totes Holz zeigt den Weg durch die stürmischen Piraten-Ozeane

CC ZERO STEFAN MÜLLER/STM

Seit Ende 2010 schreiben wir über Piraten-Politik.

Was ist aus den Titelthemen geworden? Hier ein Rückblick auf die letzten drei Jahre.

0 Kompass Die Nullnummer: acta

Das ACTA-Netzzensurabkommen hat sich Gott sei Dank erledigt. Nach einer fetten Demoserie im Frühjahr 2012 zog die EU den Pakt zurück. Netzcommunity und Piraten haben also gesiegt: vorläufig. Neue Nachfolgeabkommen wie IPRED2 oder TAFTA bringen ähnliche Formulierungen.

1 Kompass 2011.1: Jungs

Die geschlechterspezifische Diskriminierung wird mittlerweile weiter gefasst. Hierzu gab es eine Reihe Konferenzen. Es gipfelte schließlich in der Berufung eines Diskriminierungsbeauftragten für die PIRATEN Deutschland.

2 Kompass 2011.2: Arabellion

Immer noch ist die arabische Welt in Bewegung. Im Juli 2013 folgte ein sanfter Militärputsch in Ägypten, auch in der Türkei kriselt es. Die Geschichte ist noch nicht zu Ende geschrieben.

3 Kompass 2011.3: Killerspiele

Um die bösen Video-Games wurde es in den letzten Jahren etwas ruhiger. Denn prominente Amokläufer mit Gaminghintergrund gab es nicht. Vielleicht war hilfreich, dass die Waffengesetze stark verschärft wurden.

4 Kompass 2012.1: Wirtschaftskrise

Um die europäische Wirtschaft muss man sich weiter Sorgen machen. Die überaus hohe Jugendarbeitslosigkeit in Frankreich und Spanien sowie steigende Lebensmittelpreise belasten Menschen in Europa. Deutschland profitiert jedenfalls allerbestens vom Euroraum.

5 Kompass 2012.2: Staatstrojaner

Was ist schon ein Stück staatliche Spitzelsoftware auf dem kriminellen PC, wenn die gesamte Internetkommunikation von fremden Mächten abgespeichert wird? Im Sommer 2013 wurde einer breiten Öffentlichkeit deutlich, was alles mit den schönen Google-Sucheingaben, Yahoo-Mails und Facebook-Chats passiert. Sie landen bei der NSA.

6 Kompass 2012.3: Fracking

Fracking, das Herauslösen von in großen Tiefen gebundenem Gas und Erdöl mit Chemikalien, ist in Deutschland erst mal bis hinter die Bundestagswahl verschoben. Aber nicht aufgehoben. Nach der Wahl werden sich auch die Grünen in einer CDU geführten Regierung dem Fracking nicht verweigern. Macht-Interessen gehen schließlich vor.

7 Kompass 2012.4: Inklusion

Die Teilhabe von Menschen mit Handicap ist ein großes Thema, das sich durch das gesamte Wahlprogramm der Piraten für die Bundestagswahl zieht. Inklusion ist dann auch viel mehr als nur Teilhabe und hat sich zu einem wichtigen Piraten-Wert entwickelt.



8 Kompass 2013.1: Werte

In einer jungen Partei wie den Piraten gibt es viele Flügel und Strömungen, aber auch Grundüberzeugungen. An den Grundsätzen hat die Partei auf dem Parteitag in Neumarkt jedenfalls weitergearbeitet, und einen weiteren Schritt nach vorne gemacht. Der Beweis: Grandiose Arbeitsgemeinschaften, die im ersten AG-Kompass 2013.1 einen Niederschlag finden.

9 Kompass 2013.2: Jederbeteiligung

Dass Bundestagsparteien kaum noch legitimiert sind, ist traurig. Mittlerweile ist die Fraktion der Nicht-Wähler die größte nicht im Bundestag vertretene, und daher außerparlamentarische Opposition. Außen vor! Hier muss Menschen wieder Mut gemacht werden, sich auch vor Ort einzusetzen. Das ist Jeder-Beteiligung!

10 Kompass 2013.3: Die letzte Ausgabe vor der Bundestagswahl!

Alle Ausgaben können digital als PDF heruntergeladen werden:
<http://kompass.im/kompass-archiv/>

Das Letzte

NIE WIEDER
ÜBERWACHUNGSSTAAT!!!

*Big Sister
is watching you.*

